

Wirtschaft & Umwelt

Zeitschrift für
Umweltpolitik und
Nachhaltigkeit
www.ak-umwelt.at

Euro 1,80

Biodiversität

Warum Klimaschutz, Umweltschutz und Artenschutz eng zusammenhängen, wieso Biodiversität auch für Menschen unverzichtbar ist und wie Maßnahmen sozial, ökologisch und wirtschaftlich zugleich gestaltet werden können.

Foto: EML / AK Wien

Innovate Güterwaggons – Impuls für grüne Logistik **SEITE 22**

Grüne Fassaden – erholsam für Mensch und Klima **SEITE 24**

Mehr Konflikte – Klimakrise verschärft Spannungen **SEITE 26**

Öffentliche Beschaffung – großer Hebel fürs Klima **SEITE 30**



www.arbeiterkammer.at

Das Wumometer



NEBELSCHWADEN Grenzwertig

Richter:innen, die einen Volkswagen fahren, sollen auch keine Abgaskandal-Prozesse leiten dürfen. Kein schlechter Witz, sondern bei einem Gericht in Linz jetzt auch schon Ver-

handlungsgegenstand! Wir lernen daraus: Dieser Hersteller hat Angst vor seinen Kund:innen, aber seine Prozessstrategie ist noch schmutziger als die Diesel-Pkw-Flotte, die er vor

dem 1. September 2018 produziert hat. **FG**

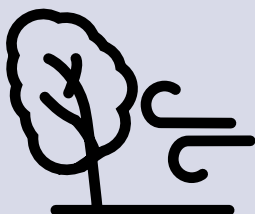


WOLKEN Scooter-Chaos

Während man in deutschen Städten überall am Gehsteig über achtlos abgestellte E-Scooter fallen kann, möchte Paris die Gefährte demnächst per Volksabstimmung verbannen. In Wien

hat man ja auch schon auf die Bremse gedrückt – denn seit Mai darf man die Roller nur noch zwischen Autos und auf eigens vorgegebenen Flächen abstellen. Auch wenn das „grüne Fort-

bewegungsmittel“ für viele Vorteile bringt – ohne strenge Gesetze geht’s wohl doch nicht. **EL**



GEGENWIND Zubringer ohne Fahrgäste

Wenn etwas nicht gut geplant und klar publiziert wird, dann geschieht das, was sich gerade im Mikro-Öffi Bereich in der Steiermark tut. Beigetragen zu „keiner weiß wo, wie, was“ hat der

Fleckerlteppich der verschiedensten Regionen. Denn überall heißt der Zubringer-Verkehr anders und der Überblick geschweige denn ein einheitliches Tarifsystem fehlen. In Niederös-

terreich wurde der Mikro-ÖV ins Klimaticket integriert. Da könnten sich die Steiermark und andere Bundesländer was anschauen. **EL**



REGEN Razzia bei den Falschen

Kaum hatten wir unseren Artikel über die Repression gegenüber Klimaschützer:innen (Seite 26–29) fertiggestellt, folgte die nächste Eskalation: Wegen des Verdachts der „Bildung einer

kriminellen Vereinigung“ kam es in sieben deutschen Bundesländern zu einer Großrazzia gegen die Organisation „Letzte Generation“. Nach dieser Logik sind also nicht Klimazerstörer (Auto-

und Ölkonzerne, inaktive Regierungen, klimawandel-leugnende Populisten) kriminell, sondern jene, die davor warnen! **HH**



GEWITTER Genetischer Kuhhandel

Die EU-Kommission setzt auf den erleichterten Einsatz von Neuer Gentechnik und will sich dadurch EU-weit die Zustimmung zur Pestizid-Reduktion „erhandeln“. Wenn man weiß, dass in

Ländern mit breitem Einsatz von Gentechnik nicht weniger sondern oft sogar mehr Gifte eingesetzt werden und Gen-Saatgut und Pestizide von den gleichen Großkonzernen kontrolliert werden,

dann wird klar, dass dieser „Kuhhandel“ zu Lasten der Umwelt, der Landwirtschaft und der Konsument:innen geht. **SL**

Inhalt

Biodiversitätskrise

Artensterben und Klimakrise hängen zusammen und müssen gemeinsam bekämpft werden. Seite 10

Zielkonflikte

Bundesweite Lösungsansätze für Erneuerbare Energie und Artenschutz sind nötig. Seite 14

Interview mit Franz Essl

Seite 17

Biologische Vielfalt

Bestandsaufnahme und Strategien zum Schutz der Biodiversität in Österreich. Seite 18

Innovationskraft der Belegschaft

Maschinenfabrik Liezen setzt auf Waggonbau für klimafitten Güterverkehr. Seite 22

Wohlfühlklima

Begrünte Gebäude reduzieren Hitze und tragen zu Klimaschutz und Biodiversität bei. Seite 24

Konflikte und Scheinlösungen

Wettlauf um Rohstoffe und Verteilungsprobleme erfordern fairen Interessensausgleich. Seite 26

Auftragsvergabe als Chance

Verpflichtende Kriterien für den sozial-ökologischen Umbau bei öffentlichen Aufträgen. Seite 30

Rubriken

Nachrichten	04
Kommentar	07
Aktuelles Interview	09
Kommunikation	32
Kontroverse	34

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber

Bundesarbeitskammer, Prinz-Eugen-Str. 20–22, 1040 Wien

E-Mail wirtschaft.umwelt@akwien.at **Telefon** 01/501 65

Redaktion Mag.ª Sylvia Leodolter (Chefredakteurin),

Eva-Maria Leodolter (Redakteurin) agentur.leodolter@gmx.at

Sekretariat Krisztina Hubmann, Sabrina Pochop (DW 12404)

Konzeption Jakob Fielhauer, www.fielhauer.at

Layout & Infografik Michael Haderer

Druck gugler GmbH, Auf der Schön 2, 3390 Melk/Donau

ISSN 1028-4664

Die in Wirtschaft & Umwelt veröffentlichten Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung der Bundesarbeitskammer wieder.



Gedruckt nach der Richtlinie „Druck-erzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens gugler®print, Melk, UWZ-Nr. 609, www.gugler.at



Höchster Standard für Ökoeffektivität. Cradle to Cradle™ zertifizierte Druckprodukte innovated by gugler®.



Bitte sammeln Sie Abfall für das Recycling. EU Ecolabel | AT/28/001

Auf Gedeih und Verderb

Der Verlust der Biodiversität ist auch für Menschen eine ernste Bedrohung.



Von Sylvia Leodolter

Niemanden stört, dass von Windschutzscheiben immer weniger Insekten abzukratzen sind. Aber die Erzählung einer Freundin, die in ihrem Stadtgarten Zucchini ziehen wollte, zeigt, dass Biodiversität uns alle betrifft. Sie hatte sich über viele Blüten – männliche und weibliche – gefreut. Aber daraus wurden keine Früchte, sie fielen alle ab. Sie musste schließlich von Hand bestäuben, denn es fehlten Bienen, die diese mühselige Arbeit sonst erledigen. Biodiversität spiegelt die komplexen Zusammenhänge in Ökosystemen wider. Sie ist für das Überleben von Pflanzen, Tieren und Menschen wichtig, weil die genetische Vielfalt die Voraussetzung für die Anpassung an sich verändernde Umweltbedingungen wie Hitze, Frost, Trockenheit oder Krankheitserreger ist. So sind Wildpflanzen wichtig für resistente Einkreuzungen in Nutzpflanzen, hilft Biodiversität im Boden bei der Klärung des Wassers und verhindert einseitige Abhängigkeiten im Ökosystem. Durch die Klimakrise wird doppelt spürbar, wie unverzichtbar die Vielfalt der Natur zur Bewältigung ihrer Folgen ist. Der Schutz des biologischen Reichtums braucht dringend viel mehr Verbündete.

Der Schutz der Biodiversität muss Teil einer verantwortungsvollen Klimapolitik sein.

Nach 45 Ausgaben verabschiede und bedanke ich mich bei allen Leser:innen, Autor:innen, sowie allen internen und externen Kolleg:innen für ihr Interesse, ihr Engagement und ihre tolle Unterstützung.

Sylvia Leodolter
Chefredakteurin der
„Wirtschaft und Umwelt“
in der AK Wien



Foto: Ministère de la Transition Écologique

Umweltzonen und Fahrverbote in Frankreichs Städten

Plakettenpflicht Wer ab Sommer 2023 in Frankreich mit einem Kraftfahrzeug unterwegs ist, braucht ab sofort in bestimmten Städten oder Regionen eine Umweltplakette (Crit'Air Plakette). Das Führen der Plakette ist ganzjährig Pflicht, die Geltungsdauer ist zeitlich unbegrenzt. Dabei gibt es sechs verschiedene Klassen, je nachdem, unter welche Abgasnorm ein Fahrzeug fällt, von 0 für Elektro- und Wasserstoffantrieb bis 5 für Euro 2 (Pkw) bzw. Euro III (Lkw). Neben jenen Städten, die bereits Umweltzonen sind (z.B. Paris oder Toulouse) sollen bis 31.12.2024 alle Ballungsräume Frankreichs mit mehr als 150.000 Einwohner zu festen Umweltzonen werden. Beginn und Ende der Zone werden durch Verkehrsschilder gekennzeichnet. In diesen Zonen gilt für Fahrzeuge der Klassen 4 und 5 ein generelles Fahrverbot. Am einfachsten für Urlauber:innen ist es, die Plakette direkt online beim französischen Umweltministerium anzufordern. Diese Seite ist auch auf Deutsch verfügbar und bedienbar. **SP**

Link zur offiziellen Website für die Crit'Air Plakette (Luftqualitätszertifikat): <https://www.certificat-air.gouv.fr/>

Luftverschmutzung und Kinder

Gesundheitsschädigend Schlechte Luft schadet gesundheitlich allen Menschen, Kindern und Jugendlichen aber besonders. Niedriges Geburtsgewicht, Asthma, Allergien und verringerte Lungenfunktion sind häufige Folgen von Luftverschmutzung. Das geht aus dem Bericht „Luftverschmutzung und die Gesundheit von Kindern“, der von der Europäischen Umweltagentur (EUA) vorgelegt wurde. Rund 1200 Kinder sterben laut Schätzungen der EUA jedes Jahr in Europa daran. Emissionen aus Verkehr, Industrie und Heizungen sind die Hauptursachen.

Die Politik muss allgemein die biologischen Voraussetzungen junger Menschen bei Maßnahmen und Gesetzgebungen berücksichtigen. Bis die Luftverschmutzung insgesamt auf ein sicheres Niveau reduziert ist, kann die Luftqualität beschränkt mit Einzelmaßnahmen, zum Beispiel in der Umgebung von Schulen und Kindergärten verbessert werden. **FG**

Air pollution and children's health
<https://www.eea.europa.eu/publications/air-pollution-and-childrens-health>



Die Klimakrise ist eine zutiefst soziale Frage. Menschen mit geringeren Einkommen, Menschen, die von Armut betroffen sind – sie leiden besonders.

**AK Präsidentin
 Renate Anderl**



Für AK Präsidentin Anderl geht Klimagerechtigkeit nur mit sozialer Gerechtigkeit – für die Vielen, mit den Vielen.

Foto: Sebastian Philipp, BAK

Verbrenner-Aus für Lkw

Kalifornien und EU Ab 2036 sollen im US-Bundesstaat Kalifornien keine neuen Diesel-Lkw mehr verkauft werden dürfen. Für die kommunalen Behörden gibt es aber einen noch einen strikteren Fahrplan. Bis 2024 müssen bereits 50 Prozent der gekauften Fahrzeuge lokal emissionsfrei sein, bis 2027 sind es 100 Prozent. Zu dieser ehrgeizigen Vorschrift („Advanced Clean Fleets-Act“) hat sich die Regierung des bevölkerungsreichsten Bundesstaats im Mai 2023 entschlossen. Dem schließen sich traditionell andere US-Bundesstaaten an.

Die EU hinkt bei dieser Entwicklung dagegen noch weit zurück. Im Februar dieses Jahres hat die EU-Kommission einen Vorschlag vorgelegt, der den Verkauf von neuen Lkw und Bussen über 2040 hinaus mit Verbrennungsmotoren noch erlaubt. Hersteller:innen von Bussen und Lkw sollen lediglich im Durchschnitt bis zum Jahr 2040 ihre CO₂-Emissionen um 90 Prozent reduzieren. Wie die EU die Ziele des Green Deal erreichen will, bleibt unklar. **FG**



Foto: Nicolas Mahler

Eisenbahn-Passagierrechte

Update Mit 7. Juni tritt die Neufassung der EU-Fahrgastrechte Verordnung in Kraft. Es überwiegen die Verschlechterungen gegenüber der aktuellen Rechtslage. Hat bisher die Ursache für eine Verspätung bei der Erstattung keine Rolle gespielt, entfällt diese nun bei „außergewöhnlichen Umständen“. In der Praxis ist zu befürchten, dass diese Ausnahmeregelung zu Streitigkeiten und Rechtsunsicherheit führt. Die Verfügbarkeit von Durchgangsfahrkarten – also Tickets, die mehrere Teilstrecken umfassen – wurde nur unzureichend geregelt. Nur mehrere aufeinander folgende Fahrten innerhalb eines Eisenbahnunternehmens gelten als Durchgangsfahrkarte. Der Vorteil dieser, im Gegensatz zu Einzeltickets ist, dass sie als ein einheitliches Ticket gelten, was gerade in Hinblick auf verpasste Anschlüsse oder Zugausfälle für Bahnreisende besonders wichtig ist. Die Frist für Entschädigungsansprüche wurde von einem Jahr auf drei Monate

verkürzt. Positiv hervorzuheben ist, dass die Rechte von Menschen mit Behinderungen oder eingeschränkter Mobilität gestärkt werden. Fahrgäste erhalten auch einen eingeschränkten Anspruch auf Mitnahme von Fahrrädern im Zug. **DA**

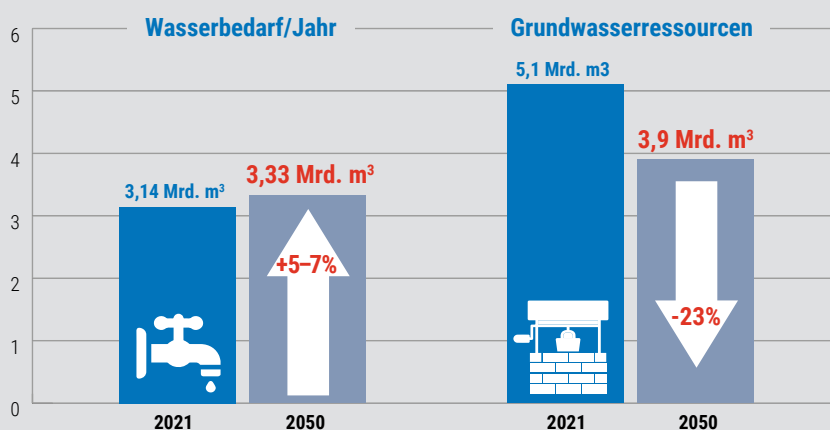


Foto: EML/AN Wien

Quelle: BM Landwirtschaft, Regionen und Tourismus, Icons: Freepik, Muhammad, Isman

Grundwasserversorgung unter Druck

Wasserverbrauch und Grundwasserressourcen 2021 und Prognose 2050 (in Milliarden Kubikmeter)



Lebenselixier Österreich verfügt über große natürliche Wasservorkommen, aber die Klimakrise stellt eine bereits deutlich spürbare Bedrohung dar. Sie wirkt sich auch auf die Wasserqualität aus, denn steigende Temperaturen verändern die mikrobielle Zusammensetzung des Wassers und beeinträchtigen die Ökosysteme. 70 Prozent des gesamten Wasserangebots (inklusive Oberflächengewässer) werden von Industrie und Gewerbe verbraucht, die Wasserversorgung der Haushalte (hauptsächlich aus Grundwasser) macht etwa ein Viertel aus und die Landwirtschaft verwendet 4 Prozent des Wassers.

Laut Wasserschutz-Studie im Auftrag des Landwirtschaftsministeriums verwenden Industrie und Gewerbe überwiegend (zu 85 Prozent) Oberflächenwasser und bis 2050 wird nur mit geringen Bedarfsveränderungen gerechnet. Die Versorgung der Haushalte wird laut Studie bis zu 15 Prozent mehr Wasser benötigen, der Bedarf der Landwirtschaft wird sich jedoch in etwa verdoppeln. Während daher der Wasserbedarf (Grund- und Oberflächenwasser)

bis 2050 um 5 bis 7 Prozent steigen wird, wird ein Rückgang der Grundwasserressourcen um bis zu 23 Prozent erwartet, in manchen Regionen – vor allem in Ostösterreich – um bis zu 30 Prozent. Dort könnte das Grundwasser in Zukunft nicht mehr reichen.

Auch nach einem vergleichsweise feuchten Frühjahr ist nachhaltiger Klimaschutz sowie sparsame und effiziente Wassernutzung in allen Sektoren das Gebot der Stunde. Dazu zählen die Entsiegelung von Böden, der Vorrang der Trinkwasserversorgung und eine wassersparende Anpassung der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung. **SL**



Damit alle Menschen jederzeit mit ausreichendem und sauberem Wasser versorgt werden, muss Trinkwasser rechtssicheren Vorrang vor allen anderen Nutzungen haben.

Absurder geht es nicht!

Gigaliner trotz Leerfahrten Die EU-Kommission wird nicht müde, laufend, ihre Forderung nach der europaweiten Zulassung von übergroßen oder –langen Lkw, sogenannten Gigalinern zu wiederholen. Als Haupt(schein)argumente dienen dabei der Fahrer:innenmangel – da man mit größeren Lkw mehr Güter transportieren kann und weniger Fahrer:innen benötigt und der angebliche Umweltschutzgedanke, weil ja weniger Fahrten weniger Schadstoffe bedeuten, wenn mehr Güter auf einmal transportiert werden.



Foto: Peter/L. Prusaby

Überzeugender sind definitiv die Gegenargumente. Neben hohen Infrastrukturkosten auf der Straße und der Schiene (Umbau und Adaption von Tunneln, Pannenbuchten, Rastplätzen, Eisenbahnkreuzungen, Umschlagplätzen für den kombinierten Verkehr und anderem) bräuchte es auch neue Bergfahrzeuge für den Unglücksfall, da diese derzeit auf maximal 40 Tonnen ausgelegt sind. Besonders zynisch wird die Forderung nach Gigalinern, wenn man sich die kontinuierlich steigende Anzahl von Leerfahrten bei Lkw ansieht. 2019 wurden die bisher meisten, nämlich 34 Prozent, der von Lkw allein in Österreich gefahrenen Kilometer leer zurückgelegt – das sind 926 Millionen gefahrene Kilometer!

Viel sinnvoller wäre die Zusammenarbeit der Unternehmer:innen in der Güterbeförderungsbranche und das ernsthafte politische Bemühen um mehr Verlagerung des Warentransports auf Schiene und Wasserwege. **SP**



Werkzeugkoffer

Download:

sozialundoeekologisch.org



Um die Klima- und Ökokatastrophe abzuwehren, müssen wir die soziale und ökologische Frage systematischer miteinander verbinden.



Werkzeuge für den sozialen und ökologischen Umbau

Die Klimakrise ist längst in Österreich und Europa angekommen: Dürre, Überschwemmungen, Waldbrände, Hitze in der Stadt und vieles mehr beeinträchtigen zunehmend unsere Gesundheit und Lebensqualität. Aufgrund unzureichender Klimapolitik steuern wir zunehmend schneller auf die Kipppunkte zu, vor denen die Wissenschaft seit Jahren warnt. Mit vereintem und zügigem Handeln, kann es gelingen, noch rechtzeitig gegenzusteuern. Wir als Arbeitnehmer:innenbewegung (Betriebsräte, Gewerkschaft und Arbeiterkammer) nehmen die Lage ernst und versuchen gemeinsam mit Wissenschaft und der Klimabewegung Lösungen für einen sozialen und ökologischen Umbau unserer Gesellschaft zu finden. Die Klimakrise abwehren und dabei das Leben der Arbeitenden verbessern ist das gemeinsame Ziel. Die Krisen unserer Zeit sind nur nachhaltig zu lösen, wenn soziale und ökologische Gerechtigkeit grenzüberschreitend miteinander verknüpft werden. Dazu ist das Bündnis von Wissenschaft, Arbeiter:innen- und Klimabewegung zu stärken. Im Zuge der „**Akademie für einen sozialen und ökologischen Umbau**“ wurden Projekte, Initiativen und Praxisbeispiele vorgestellt, wie dieser soziale und ökologische Wandel gelingen kann. Dieser „Werkzeugkoffer“ für den Umbau soll helfen, das Thema in Betrieb, Bildungssystem und Zivilgesellschaft besser zu verankern, um den zentralen Herausforderungen zu begegnen. **SI**

Kommentar

Ist Ideologie schlecht?



von Christoph Streissler

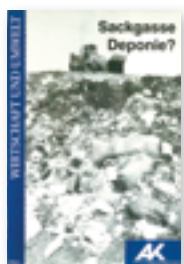
Kürzlich schrieb ein langjähriger Leser der „Wirtschaft und Umwelt“, dass ihm diese zu sehr ideologisch ausgerichtet sei. Ich ringe seither darum zu verstehen, was daran eine Kritik ist und was eine Bestätigung unserer Arbeit.

Auf der einen Seite ist Ideologie in Verruf geraten. Das ist besonders dann der Fall, wenn Entscheidungen dadurch gerechtfertigt werden, dass auf bestimmte Prinzipien verwiesen wird, die nicht zur Diskussion stehen. Häufig passiert dies in Form von unhinterfragten Autoritätsargumenten. So kann Ideologie zur Bildung verfeindeter Lager führen.

Gesellschaft entsteht, wo wir als Menschen füreinander da sind. Ist das Ideologie?

Ideologie steht aber auch für eine Weltanschauung, ist also geprägt von Werten und Interessen. Im positiven Sinn kann sie daher helfen, das politische Handeln an einheitlichen Grundsätzen auszurichten. Für mich zählen dazu beispielsweise der Anspruch jedes Menschen auf ein selbstbestimmtes, erfülltes Leben, das Prinzip der Gerechtigkeit, die Wichtigkeit des gemeinsamen, gesellschaftlichen Füreinander. Auch wenn es da viel Raum für Diskussion gibt – das Fundament dieser Überzeugungen ist unverrückbar. Wenn es „ideologisch“ ist, die gesellschaftlichen und politischen Ziele an solchen Grundsätzen auszurichten und immer wieder zu überprüfen, dann kann ich mit dieser Zuschreibung gut leben.

Christoph Streissler ist Chemiker und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien.



Vor 30 Jahren Die Verpackungsverordnung schreibt es vor: ab Oktober 1993 werden Verpackungsabfälle nicht mehr von den Gemeinden gesammelt, die Sammlung wird von der Wirtschaft organisiert. [...] Die Sache hat aber mehrere Haken. Darauf hat die Arbeiterkammer in den Verhandlungen über die Verpackungsverordnung wiederholt hingewiesen. Handel, Verpackungswirtschaft und Produkthersteller schließen sich zusammen und heben in Übereinstimmung einen Entsorgungsbeitrag ein. Den brauchen sie ja, um das System zu finanzieren. Und wie bei jedem Kartell besteht die Gefahr des Missbrauchs. [...] Das Geld für die Entsorgung kommt wieder einmal von den Konsumenten.



Vor 15 Jahren Der zweite Klimaschutzgipfel Mitte April brachte viele gute Vorsätze, in manchen Bereichen, allen voran beim Ökostromgesetz, haben sie nicht gewirkt. Mit dem Entwurf eines Klimaschutzgesetzes versucht der Landwirtschaftsminister freilich einen großen Wurf: die Erfüllung des Kyoto-Ziels soll für Bund und Länder verbindlich gemacht werden. Spät, aber doch. [...] Die vom Landwirtschaftsminister lange gehegte Illusion, dass Österreich mit den bestehenden Maßnahmen das Kyotoziel erreichen könne, ist schuld daran, dass ein derartiges Gesetz nicht schon vor einigen Jahren erlassen worden ist.

Neue Gentechnik

Klare Kennzeichnung Derzeit können Konsument:innen darauf vertrauen, dass gentechnisch veränderte Lebensmittel klar gekennzeichnet sind und dass von ihnen kein Risiko ausgeht. Das könnte sich allerdings bald ändern. Im Juni wird die EU-Kommission nämlich einen Gesetzesvorschlag vorstellen, nach dem „Neue Gentechnik“ diese Voraussetzungen nicht erfüllen muss. Für Konsument:innen wäre das sehr problematisch, da gentechnisch veränderte Produkte, die mit Neuer Gentechnik hergestellt wurden, nicht mehr als gentechnisch verändert gekennzeichnet werden, kritisiert die AK in einer Aussendung. Für die Rückverfolgbarkeit entlang der gesamten Lebensmittelkette würde das bedeuten, dass wir keinen Überblick mehr hätten, welches Produkt wirklich noch gentechnikfrei ist. Zurzeit sind bei allen Produkten der neuen gentechnischen Verfahren die Risiken für die menschliche Gesundheit und die Umwelt vor einer Marktzulassung umfassend zu überprüfen. Die Deregulierung würde bedeuten, dass das nicht mehr gilt. Dabei zeigen Studien, dass es auch in Sicherheitsfragen noch viele ungeklärte Fragen gibt. Die Umweltorganisation GLOBAL veröffentlichte gemeinsam mit der Konsument:innenorganisation Foodwatch einen Bericht zu den Risiken einer Deregulierung der GVO-Kennzeichnung in Europa. **SI**

Link zum Foodwatch-Bericht:



Einwegpfand

Warten Die rechtlichen Grundlagen für das Einwegpfand sind immer noch nicht in Kraft. Die nötige Novelle des Abfallwirtschaftsgesetzes ist nicht einmal auf der Tagesordnung des parlamentarischen Umweltausschusses.

Ende April hat die Begutachtung der Entwürfe für eine AWG-Novelle und die zugehörige Verordnung, die beide die Grundlage für die Umsetzung des Einweggetränkepfandes bilden sollen, geendet. Ab 2025 müssen Getränke in Dosen und PET-Flaschen bepfandet verkauft werden. Und bei der Rückgabe der leeren Gebinde im Handel wird man das Pfand von 25 Cent wieder zurückbekommen. Die AK hat sich schon seit geraumer Zeit für ein Einweggetränkepfand eingesetzt. Das ist der einzig mögliche Weg, um die hohen EU-Vorgaben umzusetzen. Das Pfand wird sowohl das Littering, das achtlose Wegwerfen der Gebinde eindämmen als auch für eine besonders gute Altstoffqualität sorgen. Freilich braucht es im gewählten Regulierungsmodell für die Produzententarife noch Verbesserungen wie mehr Transparenz und Beteiligung bei der Tariffestlegung. Auch müssen die Aufsichtsrechte deutlich erweitert werden und letztlich muss ein klares Tariffestsetzungsrecht der Behörde für den Konfliktfall geschaffen werden. Außerdem soll es eine „Transport Fee“ geben, wenn die Logistik des Handels benützt wird, die auch vom Ministerium gebilligt werden muss. **HO**

Keine Energiewende ohne leistungsfähige Netze

APG AG-Vorstandsdirektor **Gerhard Christiner** erklärt wieso ein starkes Stromnetz so wichtig für die Transformation des Energiesystems ist. Er vermisst einen Gesamtplan und wünscht sich mehr Unterstützung für die Energiewende bis 2040.

Warum ist das Stromnetz so wichtig für die Erreichung der Erneuerbaren-Energie-Ziele 2040?

Der Erfolg jedes Windrads oder jeder PV-Anlage hängt von der Leistungsfähigkeit des Stromnetzes ab. Ein starkes Stromnetz ist die Voraussetzung für eine versorgungssichere, nachhaltige und leistbare Energiezukunft. Bis 2040 soll der gesamte Energieverbrauch Österreichs (rund 300 TWh) weitgehend mittels erneuerbaren Stroms gedeckt werden. Die heute noch von fossilen Energiequellen abhängigen Sektoren (Mobilität, Wärmesektor und Industrie) sollen mit erneuerbarem Strom vollständig dekarbonisiert werden. Sollten Kraftwerke und Stromnetze sowie Speicher nicht abgestimmt und zeitgleich realisiert werden, können PV-Anlagen, Windparks oder neue Verbraucher nicht an das bestehende, zu schwache Stromnetz angeschlossen werden oder müssen massive Einschränkungen hinnehmen.

Welche Hindernisse bestehen in Österreich beim Ausbau der Energienetze?

Der Umbau des Energiesystems passiert derzeit mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Während die Genehmigungsverfahren für den Ausbau von Wind und PV zunehmend beschleunigt werden, mühen wir uns bei Leitungsprojekten durch langwierige UVP-Verfahren. Für den Netzausbau fehlt der gesellschaftliche Grundkonsens über die Notwendigkeit, die öffentliche Akzeptanz, sowie die ökonomische Attraktivität in das Stromnetz zu investieren. Ursache für die langen Verfahrensdauern sind fehlendes Personal der Behörden, Einsprüche der Pro-



Foto: Riccardo Bergant/APG

Der Netzausbau ist der Schlüssel für die Transformation des Energiesystems.

Das Stromnetz ist nicht „Alles“, aber „Alles“ ist nichts ohne das Stromnetz!

jektgegner, ungenaue Gesetzeslagen und fehlende Grenzwerte. Das Umweltrecht fokussiert auf den Schutz und das Bewahren des Status Quo, vergisst aber, dass nur mit dem Verteidigen des Erreichten der Klimawandel nicht abgewehrt und die erneuerbare Energiezukunft nicht zu gewinnen sein wird.

Reicht der aktuelle Netzentwicklungsplan zur Lösung der Probleme aus? Leider nicht – wir arbeiten gerade an den Planungen für das „Stromnetz 2040“, welches in der Lage ist, 100 Prozent Erneuerbare zu integrieren. Der aktuelle Netzentwicklungsplan sieht vor, dass wir bis 2032 rund 3,5 Mrd. Euro in den Um- und Ausbau der Stromnetze investieren – allein 2023 sind es 490 Mio.

Euro. Darüber hinaus braucht es eine digitale Transformation um kleinteilige dezentrale Flexibilitäten über digitale Plattformen zu nutzen. 2030 ist jedoch nur ein Zwischenschritt. Wir gehen davon aus, dass sich die Investitionen in die Übertragungs- und Verteilnetze bis zur Klimaneutralität 2040 mehr als verdreifachen müssen.

Was ist für eine bessere Koordinierung der Planung nötig?

In Österreich fehlt für die Energiewende ein Gesamtplan, in dem alle gebietskörperschaftlichen Ebenen integriert sind. Nur gemeinsam werden wir die Mammutaufgabe Energiewende schaffen. An dieser Stelle sei erwähnt, dass auch Industrie, Wirtschaft und insbesondere die Sozialpartner bei Entscheidungen integriert werden müssen. Wir verharren schon zu lange in der Debatte über das Richtige, ohne das Richtige zu tun. Bereits heute zahlen wir einen gewaltigen Preis des Zögerns, des Unterlassens bzw. der Angst vor Veränderung. □

DI Mag. (FH) Gerhard Christiner ist seit 2012 Technischer Vorstandsdirektor der Austria Power Grid AG. Unter anderem ist er auch im Vorstand des World Energy Councils sowie stellvertretender Vorsitzender des Lenkungsausschusses Netze von Österreichs Energie.



Biodiversität in der Krise

Die Zerstörung von Ökosystemen, der Verlust von Tierarten und Pflanzensorten sowie die Erosion der genetischen Vielfalt schreiten voran. Menschliches Handeln ist für das große Artensterben verantwortlich. Das kürzlich verabschiedete Weltbiodiversitätsabkommen gibt Hoffnung für eine Trendwende. VON IRIS STRUTZMANN



Iris Strutzmann ist Agrarwissenschaftlerin, Mitarbeiterin der Abteilung Umwelt & Verkehr der AK Wien und Lektorin an der Universität für Bodenkultur in Wien.

Foto: privat

Der Begriff Biodiversität setzt sich aus dem griechischen bios (das Leben) und dem lateinischen diversitas (die Vielfalt) zusammen und bezeichnet die Vielfalt des Lebens. Er umfasst alle Tiere und Pflanzen und alle Lebensräume der Erde. Gesunde Ökosysteme sind die Basis für unsere Gesundheit, Wirtschaft, Ernährung und Lebensqualität. Sie bilden gleichzeitig die Grundlage für den Wohlstand, der im Laufe der letzten Jahrzehnte erwirtschaftet wurde. Leider geht dies auf Kosten der Natur, wie sich immer mehr herausstellt. Die Wissenschaft ist sich einig, dass wir an unsere planetaren Grenzen stoßen, mit negativen Auswirkungen sowohl für die Umwelt als auch für

die Menschen. Der Weltbiodiversitätsrat (IPBES) warnte bereits 2019 eindringlich, dass sich der Zustand der Ökosysteme in einer extremen Geschwindigkeit verschlechtert und der Verlust der Artenvielfalt beschleunigt. Die Wissenschaftler:innen sprechen von einem nie dagewesenen Massensterben. Mehr als 85 Prozent der weltweiten Feuchtgebiete sind in den letzten Jahrhunderten durch menschliches Zutun verloren gegangen. 33 Prozent der Korallenriffe und Meeressäugtiere in ihrer Existenz gefährdet. Von den acht Millionen Tier- und Pflanzenarten weltweit sind eine Million Arten vom Aussterben bedroht, wenn nicht gegensteuert wird. Auch die Wissenschaftler:innen des

Weltklimarates warnen in ihrem jüngst erschienen Klimabericht sehr eindringlich: Ohne dringende, wirksame und gerechte Maßnahmen zur Eindämmung und Anpassung bedroht die Klimaerhitzung zunehmend Ökosysteme, die biologische Vielfalt sowie die Lebensgrundlagen, die Gesundheit und das Wohlergehen heutiger und künftiger Generationen.

Treiber der Biodiversitätskrise

Die fünf Haupttreiber für den Verlust an biologischer Vielfalt sind laut Weltbiodiversitätsrat die Veränderungen bei der Land- und Meeresnutzung, übermäßige Ressourcennutzung, Klimawandel, Umweltverschmutzung und invasive gebietsfremde Arten, die vor allem über den weltweiten Handel eingeschleppt werden. Der Verlust von Biodiversität ist im Alltag sowohl sichtbar als auch spürbar: Einkaufszentren auf der grünen Wiese, ausgeräumte Landschaften, weniger bis gar keine Insekten auf der Windschutzscheibe, Wiesen die vor ihrer Blüte gemäht werden, Pollenallergien, die bereits über 20 Prozent aller Menschen beeinträchtigt, sich häufende Hochwässer und Murenabgänge und weitere Extremwettererscheinungen.

Insbesondere die intensive Landwirtschaft trägt erheblich zum Verlust der Biodiversität bei. Die Abholzung von Wäldern für die Landnutzung hat große Auswirkungen auf die Artenvielfalt. Weltweit werden 37 Prozent der Landoberfläche für die Lebensmittelproduktion genutzt. Fast 80 Prozent der Waldrodungen werden für den Anbau von Futter- und Lebensmitteln durchgeführt oder als Weideflächen verwendet. Aber auch Pestizide und andere Schadstoffe wirken sich negativ auf den Verlust von Arten und Lebensräumen aus. Bienen, Spinnen, Insekten und in der Nahrungskette somit auch Vögel, sind besonders gefährdet. In Europa betrifft diese Bedrohung eine von zehn Bienen- und Schmetterlingsarten sowie 13 Prozent der Vögel. Es gibt aber auch Lösungen: Eine französische Studie zeigt, dass in der Landwirtschaft bei fast gleichem Ertrag, die Hälfte der eingesetzten Pestizide eingespart werden kann. Daher ist auch die Halbierung des Pestizideinsatzes im Weltnaturschutzabkommen, in der EU und in der österreichischen Biodiversitätsstrategie als Ziel formuliert.

Österreich liegt im Trend

Auch vor Österreich macht das Artensterben nicht halt. So sind laut Umweltkontrollbericht 44 Prozent der Lebensräume und 34 Prozent der Arten in einem ungünstig-schlechten Zustand. Besonders besorgniserregend sind die Erhaltungszustände der Lebensraumtypen und Arten in den Ökosystemen Salzlebensräume und Dünen, Süßwasserlebensräume und Moore. Auch der Erhaltungszustand von Käfern, Reptilien, Fischen, Krebsen, Amphibien und der niederen Pflanzen ist besorgniserregend. Die Zahl der Insekten, die zentral zum Erhalt der biologischen Vielfalt und über ihre Bestäubungsleistung wesentlich zur Ernährungssicherung beitragen, ist rückläufig. Die österreichische Biodiversitätsstrategie soll hier eine Trendumkehr einleiten. Die Ziele orientieren sich an denen der EU-Biodiversitätsstrategie und ein umfassendes Maßnahmenbündel ist vorgesehen. Was es für die Umsetzung braucht, sind gute Rahmenbedingungen, wie eine ausreichende Finanzierung. Der Biodiversitätsrat spricht von einer Milliarde Euro, die jährlich zur Verfügung gestellt werden sollte. In Österreich obliegt der Natur- und Biodiversitätsschutz den Bundesländern. Ein Bundes-Biodiversitätsgesetz hätte den Vorteil einen verbindlich rechtlichen Rahmen zur Umsetzung von Maßnahmen zu schaffen.

Zwillingskrisen und Lösungen

Die Biodiversitätskrise und die Klimakrise sind untrennbar miteinander verbunden. Der Klimawandel beschleunigt die Zerstörung der natürlichen Welt durch Dürren, Überschwemmungen und Flächenbrände, während der Verlust und die nicht nachhaltige Nutzung der Natur wiederum Hauptursachen des Klimawandels sind. Die beiden Krisen können nur miteinander gelöst werden. Der aktive Schutz von Arten und Lebensräumen kann das Leben sowohl in der Stadt als auch am Land erheblich verbessern. Mehr Grün in den Städten wirkt kühlend und damit gegen Hitzeinseln, was die Lebensqualität steigert. Gleichzeitig werden die Folgen von Starkregen vermindert und die Biodiversität gestärkt. Intakte Moore, artenreiches Grünland und weniger Monokulturen am Feld bringen gleich mehrere Vorteile: Kohlenstoffspeicherung, mehr Bodenfruchtbarkeit und Artenvielfalt. Mehr Artenvielfalt im Wald ▷

Kurzgefasst

Mehr Arten sind heute vom Aussterben bedroht als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt der Menschheitsgeschichte. Vor allem der hohe Ressourcenverbrauch und die Waldrodungen für die Landnutzung sind dafür verantwortlich. Der Schutz von Arten und Lebensräumen kann zu Konflikten beim Klimaschutz führen. Dabei bedingen diese Krisen einander und können nur gemeinsam gelöst werden.

Klimaschutz, Umweltschutz und Artenschutz müssen gemeinsam gedacht werden um die Krisen einzudämmen.

kann Schädlinge wie den Borkenkäfer besser abwehren und bietet dadurch auch wieder mehr Schutz vor Hangrutschungen oder Muren. Den Flüssen mehr Platz zu geben, verringert die Zahl von Hochwässern und bietet mehr Raum für Artenvielfalt und die so entstehenden Au-Landschaften können auch als Erholungsort genützt werden.

Europäische Weichenstellungen

Die EU-Kommission stellte bereits im Mai 2020 die EU-Biodiversitätsstrategie 2030 „Mehr Raum für die Natur in unserem Leben“ vor, mit dem Ziel, die Artenvielfalt in Europa bis 2030 zu stärken und den Biodiversitätsverlust zu stoppen. Sie warnt: „Der Verlust an biologischer Vielfalt und der Zusammenbruch von Ökosystemen gehören zu den größten Bedrohungen der Menschheit im nächsten Jahrzehnt. Sie bedroht auch die Grundlagen unserer Wirtschaft, und die Kosten der Untätigkeit sind hoch und werden voraussichtlich noch steigen.“ Um den Verlust an Lebensräumen und Arten zu stoppen sollen bis 2030 mindestens 30 Prozent der europäischen Landfläche (= plus 4 Prozent) und 30 Prozent der Meeresfläche (= plus 19 Prozent) geschützt werden. Bereits zerstörte Ökosysteme sollen wiederhergestellt werden und damit auch einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leisten. Zudem sind rechtsverbindliche Ziele für die Wiederherstellung der Natur vorgesehen. Dies betrifft in erster Linie z.B. Moore, da diese das größte Potenzial zur Speicherung von CO₂ haben. So könnten negative Auswirkungen und Naturkatastrophen eingedämmt bzw. verhindert werden. Zur Finanzierung sind jährlich 20 Milliarden Euro für den Artenschutz geplant. Diese Strategie ist Teil des europaweiten „Green Deal“ für eine klimafitte Zukunft.

Sowohl EU-Rat als auch EU-Parlament unterstützen deren Ziele und vorgeschlagenen Maßnahmen. Wenn Österreich die vereinbarten Klimaziele nicht erreicht, werden jährlich Milliarden Euro an Straf-

Laut dem World Economic Forum hängt über die Hälfte des globalen Bruttoinlandsprodukts von der Natur und den von ihr erbrachten Leistungen ab.



23 Prozent

In der EU befinden sich nur 23 Prozent der Arten und 16 Prozent der Lebensräume in einem günstigen Erhaltungszustand. Icon: Freepic

zahlungen fällig. Einen ähnlichen Mechanismus fordert das EU-Parlament für die Biodiversität. Denn bisherige EU-Biodiversitätsstrategien erreichten ihre Ziele nicht, weil sie unverbindlich waren. Mit dem Beschluss ihrer Biodiversitätsstrategie 2030 war die EU für die Weltnaturkonferenz der Vereinten Nationen zur biologischen Vielfalt sehr gut vorbereitet, die im Dezember 2022 in Kanada stattfand. In Montreal wurden, nach dem Vorbild des Klimaabkommens in Paris, weitreichende Beschlüsse gefasst (siehe Kasten), die in den folgenden Jahren in die Tat umzusetzen sind. Sollte dies gelingen, könnte tatsächlich eine Trendumkehr zum Schutz der Arten und Lebensräume eingeleitet werden.

Mögliche Konfliktlinien beim Artenschutz

Weltweit erlebt der Ausbau der erneuerbaren Energieträger einen Boom. Laut Internationaler Energiebehörde wird von 2022 bis 2027 ihr Anteil am Zuwachs der Kapazitäten für die Stromerzeugung 90 Prozent betragen. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien steht aber oft auch im Konflikt mit dem Erhalt von Lebensräumen. Da die Bereitstellung leistbarer Energie sowohl für die Haushalte wie auch die Wirtschaft erforderlich ist und unabhängige Energiequellen wichtiger denn je sind, könnten konkrete Projekte im Konflikt mit dem Erhalt oder der Wiederherstellung von Lebensräumen stehen. Das Ziel den Pestizideinsatz um 50 Prozent zu reduzieren und die Wiederherstellung der Natur bis 2030 voranzutreiben wird derzeit vor allem von Landwirtschaftsvertreter:innen abgelehnt. Sie fürchten vor allem um die Ernährungssicherheit für Europa. Möglicherweise aber auch um die derzeit attraktiven Preise für landwirtschaftliche Produkte. Schließlich fehlen seit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine große Mengen an Getreide, die nun von europäischen Bauern und Bäuerinnen bereitgestellt werden. Gleichzeitig hält sich die Inflation beharrlich, was besonders ärmere Haushalte stärker belastet. Die EU-Kommission erhofft sich durch Verfahren der Neuen Gentechnik Pestizidreduktion und klimafitte Pflanzen. Sie ist bereit, verpflichtende Risikochecks und Kennzeichnung bei Gentechnik aufzuweichen. Auch das könnte sich negativ auf die Artenvielfalt auswirken. Es ist also kein leichtes Unterfangen, all die verschiedenen Ziele zum Schutz der Arten und des Klimas unter einen Hut zu bringen.

Ein gutes Leben für alle

Der Schutz der Biodiversität ist ähnlich fordernd wie der Klimaschutz. Bereits seit Eintreten der Klimakrise ist klar: Es gibt kein Weitertun wie bisher.

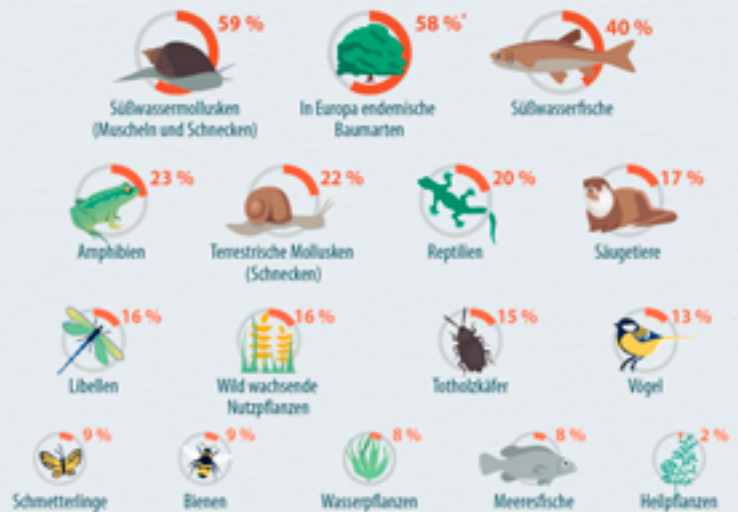


75 Prozent

Etwa 75 Prozent des weltweiten Anbaus von Lebensmittelpflanzen sind auf die Bestäubung durch Insekten angewiesen. Icon: smashingstocks

Das gleiche gilt, wenn es darum geht, die Krise der Biodiversität zu stoppen. Damit jedoch eine ambitionierte Klima- und Biodiversitätspolitik von vielen Menschen unterstützt werden kann, müssen die sozialen und ökologischen Fragen konsequent miteinander gedacht und muss bei allen Maßnahmen auf soziale Gerechtigkeit geachtet werden. Daher sind Arbeitnehmer:innenvertretungen umfassend in Programmentwicklungen zum Erhalt der Artenvielfalt und zum Klimaschutz einzubinden. Zur Sicherstellung der Finanzierung wäre auf europäischer Ebene eine „goldene Investitionsregel“ zielführend, die es den Ländern ermöglicht, in biodiversitäts- und klimarelevante Projekte zu investieren, ohne die EU-Budgetregeln zu verletzen. Insgesamt braucht es mehr Verteilungsgerechtigkeit, damit ein gutes Leben für alle gelingen kann. □

Foto: Europäisches Parlament * Daten aus 2019. <https://www.ecofootprint.europa.eu/enews/dio/biodiversitaet/2020081508510294424/biodiversitaet-in-europa-zahlen-und-fakten-infografik>



Welche Arten sind in Europa besonders gefährdet?
 (... Prozent sind bedroht)

Ergebnisse des Weltnaturabkommens

Im Dezember 2022 einigten sich 200 Vertragsstaaten im Rahmen der Weltnaturkonferenz (COP15) in Montreal auf ein neues „Weltnaturabkommen“, mit ambitionierten Zielen, um die biologische Vielfalt zu erhalten und zu schützen.

Bis zum Jahr 2030 sollen mindestens 30 Prozent der Landfläche und der Meere zu Schutzgebieten werden. Damit soll eine Trendumkehr in der Biodiversitätskrise erreicht werden. Derzeit sind weltweit rund 15 Prozent der Landfläche und rund 7,5 Prozent der Meere geschützt. Die Länder verpflichten sich, mehr Geld in den Schutz der Artenvielfalt zu investieren: Reichere Länder sollen ärmere Länder bis 2025 mit 20 Milliarden Dollar jährlich, danach mit 30 Milliarden Dollar im Jahr unterstützen. Schließlich sind die reicheren Länder mit ihrem hohen

Ressourcenverbrauch stärker – sowohl für den Verlust der Artenvielfalt, als auch der Klimakrise – verantwortlich. Weiters sollen weltweit 500 Milliarden umweltschädliche Subventionen abgebaut und die Risiken aus Pestiziden und Düngemitteln für die Natur halbiert werden. Diese international vereinbarten Regeln sind – wie das Pariser Abkommen zum Klimaschutz – ein völkerrechtliches Abkommen. Die Umsetzung und der Erfolg dieser Vereinbarung hängen vom politischen Willen der einzelnen Staaten ab, und dass die vereinbarten Gelder tatsächlich fließen. □

Werden die vereinbarten Ziele des Weltnaturabkommens auch politisch umgesetzt? Das Pariser Klimaschutzabkommen ist kein Vorbild.

Warum Natur- und Klimaschutz Hand in Hand gehen müssen

Naturschutz oder Klimaschutz? Diese Frage stellt sich immer öfter, in konkreten Genehmigungsverfahren genauso wie im Hinblick auf neue Gesetzesvorschläge. Aus naturwissenschaftlicher Sicht lässt sich diese Differenzierung allerdings nicht rechtfertigen. VON JUDITH FITZ

Die Weltnaturschutzunion geht davon aus, dass mindestens 1.677 von 15.060 bewerteten europäischen Arten vom Aussterben bedroht sind.

Seit vielen Jahren verfügt die EU über ein breites Regelwerk im Bereich des Naturschutzes. So wurde mit der Fauna-Flora-Habitat- und der Vogelschutz-Richtlinie das Natura 2000-Gebiet etabliert, welches 18 Prozent der Land- sowie mehr als

8 Prozent der Meeresflächen der EU abdeckt und damit weltweit das größte Netzwerk geschützter Gebiete darstellt. Europas wertvollste und am meisten bedrohte Arten sollen dadurch Zufluchtsorte finden,

ihre Lebensräume dauerhaft gesichert werden. Daneben enthalten auch die Wasserrahmenrichtlinie sowie die Verordnung über invasive Arten zentrale Bestimmungen zum Schutz der Biodiversität.

All diese Maßnahmen erweisen sich jedoch als völlig unzureichend, um das derzeit stattfindende massive Artensterben effektiv zu stoppen. Die EU-Biodiversitätsstrategie soll nun Abhilfe schaffen. 2020 beschlossen, enthält sie ambitionierte Ziele wie den Ausbau der Schutzzonen auf mindestens 30 Prozent der Land- und Meeresgebiete oder die Reduktion des Einsatzes und der Risiken von Pestiziden um 50 Prozent.

Wiederherstellung der Natur

Einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der genannten Ziele soll die im Juni 2022 von der Kommission präsentierte Verordnung zur Wiederherstellung der Natur („Nature Restoration Law“) leisten, mit der geschädigte Ökosysteme renaturiert werden sollen.

Konkret wird angestrebt, bis 2050 insgesamt 90 Prozent der europäischen Lebensräume wiederherzustellen. Betroffen wären dabei alle Arten von

Lebensräumen: Land-, Küsten- und Süßwasser-Ökosysteme, Meeresökosysteme, städtische und landwirtschaftliche Ökosysteme.

Mit dem vorgelegten Vorschlag macht die Kommission einen großen Schritt. Angesichts der sich zuspitzenden ökologischen Zwillingskrise – Artensterben und Erderhitzung – sind Gegenmaßnahmen längst überfällig. Zweifellos sind die vorgeschlagenen Ziele daher grundsätzlich zu befürworten. Neben der unbedingt notwendigen Hintanhaltung des Artensterbens, das eine massive Bedrohung unserer Lebensgrundlagen darstellt, hätten die angestrebten Maßnahmen zahlreiche weitere positive Effekte. So ist etwa für städtische Ökosysteme eine Erhöhung des Grünflächenanteils auf mindestens 5 Prozent sowie eine Baumüberschirmungsquote von 10 Prozent bis 2050 vorgesehen – Maßnahmen, die insbesondere im Hinblick auf die Folgen der Klimakrise für die Lebensqualität vieler Menschen äußerst relevant sind.

Fraglich scheint allerdings, ob das Erreichen dieser Ziele im Rahmen des präsentierten Vorschlags möglich ist. Die Mitgliedstaaten hätten lediglich zwei Jahre ab Inkrafttreten der Verordnung, um Wiederherstellungspläne mit den konkret geplanten Maßnahmen zu erarbeiten. Bis 2030 sollen dann die ersten 20 Prozent der sanierungsbedürftigen Ökosysteme wiederhergestellt werden. Dieser sehr straffe Zeitplan scheint aus heutiger Sicht schwierig. Schon für die Erhebung des Zustandes der Ökosysteme ist aufwendige Grundlagenarbeit

90 Prozent

Bis 2050 sollen 90 Prozent der europäischen Lebensräume wiederhergestellt werden.



Judith Fitz ist Mitarbeiterin der Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien sowie Lektorin an der Universität für Bodenkultur Wien.

Foto: Christopher Bindig



Foto: Stock/K. Thalhofer

Auch für den Solarenergie-Ausbau fehlen verbindliche Regeln zur Abstimmung mit dem Natur- und Artenschutz.

nötig, ebenso für die Ausarbeitung effektiver Maßnahmen. Für die Umsetzung der ersten Maßnahmen blieben nur noch wenige Jahre. Doch es sind nicht nur die kurzen Fristen, die an der (schnellen) Umsetzbarkeit des Kommissionsvorschlags zweifeln lassen. Durch die Vorgaben der Verordnung würde der Spielraum der Mitgliedstaaten inklusive ihrer Regionen und Kommunen bei der Raumplanung deutlich eingeschränkt. Dies führt nicht nur zu teils sehr großen Widerständen gegen den Vorschlag seitens der Mitgliedstaaten. Es wirft darüber hinaus die Frage auf, wie sich die Vorgaben mit anderen Entwicklungen vertragen, etwa dem Wachstum von Städten oder dem immer drängender werdenden Bedarf an leistbarem Wohnraum. Im Hinblick auf die Vereinbarkeit mit dem Ausbau Erneuerbarer Energien legt der Vorschlag eine eigene Bestimmung fest. So sollen die Mitgliedstaaten die Wiederherstellungspläne mit Plänen zur Ausweisung von „go to“-Gebieten für Erneuerbare Energien koordinieren.

Erneuerbare und Biodiversität – ein Widerspruch?

Im Lichte der Klimakrise hat der Ausbau Erneuerbarer Energien schon in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und den darauffolgenden Entwicklungen am Energiemarkt wurde nun aber endgültig klar, dass die Abhängigkeit von fos-

silen Energien keine Zukunft hat. Nach einer vorläufigen Einigung im Trilog – den Verhandlungen zwischen Kommission, Rat und Parlament – wird im Rahmen der EU nun das Ziel angestrebt, den Gesamtenergieverbrauch bis 2030 zu 42,5 Prozent aus Erneuerbaren Energiequellen zu decken. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden auf Unions-ebene verschiedenste Maßnahmen gesetzt, mit denen unter anderem die Genehmigungsverfahren für Projekte im Bereich Erneuerbarer Energien beschleunigt werden sollen. So enthält etwa die EU-Notfallverordnung klare Vorgaben zur Höchstdauer von Verfahren sowie die widerlegbare Vermutung, dass Projekte der Energiewende von überwiegend öffentlichem Interesse sind. Dies führt dazu, dass etwa in Abwägungsentscheidungen zwischen Naturschutzinteressen und den Interessen am Ausbau Erneuerbarer Energien letzteren der Vorrang einzuräumen ist. Ähnliche Vorgaben finden sich in Plänen der Kommission zu einem Netto-Null-Industrie-Gesetz, mit dem die Bedingungen für die Produktion jener Technologien vereinfacht werden sollen, die für die Energiewende notwendig sind. Dass solche Vorgaben in einem Spannungsfeld zum Schutz der Biodiversität und zur geplanten „Wiederherstellung der Natur“ stehen, liegt auf der Hand.

Dieser vermeintliche Zielkonflikt zeichnet sich bereits seit einigen Jahren ab und war schon vor ▷

Kurzgefasst

Im Kampf gegen das Artensterben legte die Europäische Kommission letztes Jahr einen ambitionierten Vorschlag zur „Wiederherstellung der Natur“ vor. Gleichzeitig soll der Ausbau Erneuerbarer Energien beschleunigt werden, um die Klimaziele zu erreichen. Dies führt zu einem Spannungsverhältnis, dem nur durch grundsätzliche Änderungen im bestehenden System begegnet werden kann.

den aktuellen Initiativen der EU häufig Thema in Genehmigungsverfahren. Ein aktuelles Beispiel dafür sind etwa die Diskussionen um das Kraftwerk Kaunertal in Tirol. Auch hier stehen sich der Naturschutz und der Ausbau Erneuerbarer Energien gegenüber.

Immer wieder fallen Abwägungen in naturschutzrechtlichen Verfahren zu Projekten der Energiewende zugunsten des Klimaschutzes aus. Umgekehrt spielt der Klimaschutz in Genehmigungsverfahren bislang eine sehr untergeordnete Rolle,

Mehrere Initiativen der EU sehen vor, dass für Projekte der Energiewende in Abwägungsverfahren ein überwiegendes öffentliches Interesse vermutet wird.

wenn es darum geht, einem Projekt die Bewilligung zu versagen. Entsprechende Vorschriften in den einschlägigen Gesetzen fehlen. Lediglich das Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz sieht die Berücksichtigung der Auswirkungen eines Projekts auf das Klima vor. Insgesamt zeigt sich daher, dass Klimaschutz in Form von Projekten für die Energiewende schon bislang der Vorrang eingeräumt wurde. Durch die neuen Vorschriften auf Unions-

ebene wird dies noch verstärkt.

Dabei lässt sich das Gegeneinander-Ausspielen von Natur- und Klimaschutz aus naturwissenschaftlicher Sicht nicht begründen. Allzu oft wird übersehen, dass es sich hier nur um einen vermeintlichen Zielkonflikt handelt. Die Bewältigung der Klimakrise kann nur mit funktionierenden Ökosystemen gelingen. Denn ohne Treibhausgasenken ist Klimaneutralität nicht denkbar. Umgekehrt stellen die Folgen der Klimakrise eine nie dagewesene Bedrohung für die Biodiversität dar. Klima- und Naturschutz müssen daher Hand in Hand gehen.

Wie weiter?

Vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden „Zwillingskrise“ und dem gerade aufgezeigten Spannungsverhältnis stellt sich die Frage nach möglichen Lösungswegen. Was muss geschehen, um sämtlichen ökologischen Erfordernissen gerecht zu werden? Eines muss dabei vorangestellt werden: Nachhaltig können nur jene Lösungen sein, die neben den ökologischen auch die sozialen Aspekte jeder Maßnahme berücksichtigen. Denn die ökologische Wende kann nur mit den Vielen gelingen.

Zunächst gilt es, Widersprüche in verschiedenen Rechtsakten zu vermeiden. Der Ausbau Erneuer-



42,5 Prozent

Bis 2030 soll der Gesamtenergieverbrauch der Union zu 42,5 Prozent aus Erneuerbaren gedeckt werden. Icon: Design Circle

barer Energien darf nicht auf Kosten der Biodiversität stattfinden. Zwar enthält etwa der Vorschlag zur Wiederherstellung der Natur eine Bestimmung, die Kohärenz gewährleisten soll. Insgesamt kann eine solche allerdings nicht beobachtet werden. Der Ausbau Erneuerbarer Energien soll in Genehmigungsverfahren gegenüber dem Naturschutz von überwiegendem Interesse sein, gleichzeitig sollen umfangreiche Wiederherstellungsmaßnahmen ergriffen und Ökosysteme ausgeweitet werden. Das passt nicht zusammen.

Für eine kohärente Strategie sind zwei Dinge unerlässlich: umfangreiche Grundlagenarbeit zur Erhebung des aktuellen Zustands sowie eine darauf aufbauende übergeordnete Planung. Beides muss auf Ebene der Mitgliedstaaten geschehen.

Grundlagenarbeit ist aufwendig und teuer. Sie braucht ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen, die in Österreich bislang vielfach fehlen. So sind etwa zahlreiche Daten zum Zustand von Arten nur deshalb verfügbar, weil sie durch Freiwillige oder NGOs gesammelt wurden. Es ist daher von höchster Priorität, finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, mit denen ein klares Bild des aktuellen Zustands der österreichischen Ökosysteme gezeichnet werden kann.

Um eine übergeordnete Planung zu ermöglichen, bedarf es darüber hinaus eines Bundesgesetzes zu Biodiversität sowie verbindliche Vorgaben des Bundes zur strategischen Planung von Großprojekten im Bereich der Erneuerbaren Energien. Auf Grundlage der naturwissenschaftlichen Daten müssen jene Standorte festgelegt werden, die besonders schützenswert sind, sowie jene, die für den Ausbau Erneuerbarer Energien am besten geeignet sind. Im Rahmen der jetzigen Rechtslage mit neun verschiedenen Landes-Naturschutzgesetzen und keinerlei verbindlicher Vorgaben zu Standorten für den Erneuerbaren-Ausbau werden sich die auf den ersten Blick widersprechenden Ziele nicht sinnvoll miteinander verknüpfen lassen. Genau dies ist aber notwendig, um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten. □

Biodiversität – das Netz des Lebens erhalten

Nicht nur das Klima, auch die Biodiversität steckt in der Krise. Der Biodiversitätsforscher **Franz Essl** meint, wenn politische Beschlüsse auch tatsächlich umgesetzt werden, kann der Artenschwund gestoppt werden.

Vor welchen dringlichsten Herausforderungen stehen wir bei der Biodiversität? Biodiversität ist ein etwas technischer Begriff für intakte Natur. Wir beobachten einen sehr klar belegbaren, rasanten Verlust von Arten und Lebensräumen. Damit zerreißen wir das Netz des Lebens und die Ökosysteme werden instabil. In nur 20 Jahren sind 40 Prozent aller Brutvögel in Österreichs Landschaften verschwunden. Zum Teil fehlt ihnen die Nahrung wegen des Rückgangs an Insekten. Wenn nur mehr wenige Arten in einem Ökosystem vorkommen und Nützlinge fehlen oder diese keine Rückzugsräume haben, können sich robuste Arten durchsetzen – das sind dann häufig die Schädlinge auf Äckern oder in Wäldern.

Inwiefern stellt die Biodiversitätskrise eine Bedrohung für den Menschen dar? Dass einzelne Arten verschwinden und andere auftauchen ist nicht neu. Was aber früher ein seltenes Ereignis war, ist heute ein tagtägliches. Da ökologische Funktionen verloren gehen, kommt es vermehrt zu Überschwemmungen, weil die Auen durch Kraftwerke und Dämme beeinträchtigt sind. Oder Lawinen und Muren gehen ab, weil Schutzwälder nicht mehr intakt sind. Mit dem Verschwinden vieler Bestäuber, ist die Bestäubung unserer Nutzpflanzen und Wildpflanzen nicht mehr gesichert. Das sind langsame Prozesse, die aber in Summe wie viele kleine Wassertropfen zu einer großen Welle anwachsen, ein hohes destruktives Potenzial haben und gravierende gesellschaftliche Probleme verursachen.

Assoz.-Prof. Dr. Franz Essl lehrt an der Universität Wien und ist Mitbegründer des Biodiversitätsrates. Er wurde zum Wissenschaftler des Jahres 2022 gekürt.



Franz Essl erläutert bei der AK-Vollversammlung: „Wir leben auf ökologischem Kredit – das kann auf Dauer nicht gut gehen“.

Was früher durch einen Meteoriten verursacht wurde, nämlich ein Massenaussterben, passiert heute durch die Tätigkeit des Menschen.

Wie hängen Biodiversitätskrise und Klimakrise zusammen? Beide Krisen haben dieselbe Ursache – sie sind die Folge eines zu großen Ressourcenverbrauchs. Wir leben sozusagen auf ökologischem Kredit, und jeder weiß, auf Kredit lässt sich nicht unbegrenzt leben. Treibhausgase sind der Abfall, der am Ende des Kreislaufs entsteht und unsere Mülldeponie ist hier die globale Atmosphäre. Diese Treibhausgase sind unsichtbar, geruchlos und auch nicht giftig, aber sie verändern die Zusammensetzung der Atmosphäre – das führt zum Klimawandel. Etwa ein Viertel der Treibhausgase entsteht dabei nicht durch die Verbrennung fossiler Energie, sondern direkt aus der Zerstörung der Natur. Wenn

Waldflächen gerodet oder wenn Landwirtschaft intensiv betrieben werden, so entstehen Methan oder Lachgas, die wiederum zum Klimawandel beitragen. Wer Arten und Lebensräume schützt, schützt auch das Klima.

Was wären die drei wichtigsten Schritte, um den Artenschwund in Österreich zu stoppen? Es mangelt weder in der Klimapolitik noch in der Biodiversitätspolitik an politisch verbindlichen Beschlüssen. Es gibt seit Herbst 2022 globale Biodiversitätsziele bis 2050 zu denen sich auch Österreich im Rahmen der Biodiversitätsstrategie bekennt. Entscheidend ist jetzt, das umzusetzen, wozu wir uns verpflichtet haben. Dafür sind die Rahmenbedingungen zu schaffen, um diese Ziele zu erreichen. Dazu gehört auch eine ausreichende Finanzierung. Das Geld dafür ist da. Eine Studie des WIFO hat jüngst gezeigt: es werden noch immer 5,7 Mrd. Euro, für umweltschädigende Subventionen ausgegeben – jährlich! □

Wie steht es um die biologische Vielfalt Österreichs?

Um es auf den Punkt zu bringen: Die biologische Vielfalt Österreichs ist gefährdet. Zum Erhalt der Vielfalt sind umfassende Maßnahmen, die ökologische, ökonomische und soziale Anliegen gleichermaßen berücksichtigen, dringend erforderlich. VON MARIA STEJSKAL-TIEFENBACH UND STEFAN SCHINDLER



DI Maria Stejskal-Tiefenbach ist Mitarbeiterin im Fachteam für Biodiversität und Naturschutz am Umweltbundesamt. Sie war maßgeblich an der Erstellung der Biodiversitäts-Strategie Österreich 2030+ beteiligt.

Foto: Umweltbundesamt/B. Gröger

Die biologische Vielfalt ist die Grundlage für unser Leben. Die Natur versorgt uns mit Nahrung, liefert Arzneimittel und Baustoffe. Sie dient unserer Erholung und ist wichtig für Wohlbefinden, Gesundheit und Wirtschaft. Vielfalt ermöglicht eine Anpassung an geänderte Umweltbedingungen, wie sie beispielsweise durch die Klimakrise bedingt sind. Die Natur mit allen ihren Komponenten wertzuschätzen, zu erhalten, wieder herzustellen und nachhaltig zu bewirtschaften ist kein Selbstzweck, sondern eine Verpflichtung gegenüber den nachfolgenden Generationen. Klimaschutz und Erhalt der Biodiversität sind eng miteinander verbunden. Die Natur ist auch eine Grundlage für unsere Wirtschaft und sichert somit Arbeitsplätze.



Mag. Dr. Stefan Schindler ist Leiter des Fachteams für Biodiversität und Naturschutz am Umweltbundesamt sowie assoziierter Lektor an der Universität Wien

Foto: BMNT/Paul Gruber

Österreich zählt aufgrund seiner topographischen und klimatischen Verhältnisse im mitteleuropäischen Vergleich zu den artenreichsten Ländern. Aufgrund der ausgeprägten Geomorphologie von den tiefsten Lagen rund um den Neusiedler See bis hinauf zu den vergletscherten Regionen der Alpen besitzt Österreich auch eine große Formenvielfalt an Fließgewässern und stehenden Gewässern. Es beherbergt rund 2.900 von Natur aus heimische Farn- und Blütenpflanzen, rund 8.500 Algen, Moose und Flechten, 85 Säugetierarten, 430 Vogelarten, von denen 256 zumindest einmal als Brutvogel bestätigt wurden, 14 Reptilien- und 21 Amphibienarten sowie 84 Fischarten. Bei den Wirbellosen geht man von über 46.000 Arten aus (Geiser 2018). Die in Österreich vorkommenden Pilze werden auf rund 10.000 Arten geschätzt. Die Gesamtartenvielfalt Österreichs beträgt demnach rund 68.000 Arten.

Eine besondere Verantwortung hat Österreich für die mehr als 700 Arten, die ausschließlich in Ös-

terreich (endemisch) vorkommen. Die Haupt-Verbreitungsgebiete dieser Endemiten und Subendemiten (das sind Endemiten, die auf bestimmte Gebiete begrenzt vorkommen) liegen in den höheren Lagen Österreichs (Rabitsch & Essl 2008).

Gefährdung der biologischen Vielfalt

Der Weltbiodiversitätsrat identifiziert fünf Hauptgründe für den globalen Verlust der biologischen Vielfalt: Veränderte Landnutzung, direkte Ressourcenentnahme, Klimawandel, Schadstoffeinträge und gebietsfremde „invasive“ Arten (IPBES 2019), diese gelten auch für Österreich.

Eine Analyse der Gefährdungsfaktoren für die in Österreich vorkommenden Flora-Fauna-Habitat-Arten (FFH) und FFH-Lebensraumtypen hat ergeben, dass hydrologische Veränderungen (inkl. Verlust von Feuchtgebieten), Landwirtschaft (z. B. Nutzungsaufgabe, -intensivierung, Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, Überdüngung), Forstwirtschaft (z. B. Totholzentnahme), und Flächeninanspruchnahme besonders bedeutende Faktoren sind (Umweltbundesamt 2016). Auch der Klimawandel hat mittlerweile immer stärkere Auswirkungen auf die österreichische Biodiversität.

Zur Bewertung von Status und Trends der biologischen Vielfalt bestehen verschiedene Bewertungsschemata:

- **Rote Listen** stellen das Gefährdungsausmaß (= Aussterbewahrscheinlichkeit) von Arten oder Biotoptypen eines Bezugsraumes dar (z.B. Global, National, Bundesländer). Je größer der Bezugsraum, desto geringer der Gefährdungsgrad. <https://www.umweltbundesamt.at/umweltthemen/naturschutz/rotelisten>



Foto: EML / AK Wien

Das Kleine Knabenkraut ist eine von 1274 in Österreich gefährdeten Arten von Farn- und Blütenpflanzen.

• **IUCN-Kategorien:** Bewertungen entsprechend EU-Vorgaben umfassen ein Set an Arten und Lebensraumtypen, welche bereits als gefährdet bekannt sind, die sogenannten Lebensraumtypen und Arten von gemeinschaftlichem Interesse (nach Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie), sowie die Vogelarten nach Vogelschutzrichtlinie. Die europäische Dachorganisation ist die IUCN (International Union for Conservation of Nature and Natural Resources), in der Österreich durch das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft sowie weitere naturschutzrelevante Projekte, Organisationen und Einrichtungen vertreten ist. <https://www.iucn.org/>

Von den 488 in Österreich vorkommenden Biototypen wurden 246 in den Kategorien gefährdet und stark gefährdet eingestuft, 33 sind von der vollständigen Vernichtung bedroht. Fünf Biototypen sind vollständig vernichtet, nämlich naturnahe große Fließgewässer tiefer Lagen sowie die bodenbasischen und bodensauren Binnendünen. Der Anteil der einer der Gefährdungskategorien

246

Von den 488 in Österreich vorkommenden Biototypen wurden 246 in den Kategorien gefährdet und stark gefährdet eingestuft.

zugeordneten Biototypen ist in den Gruppen Grünland (90 Prozent), Moore, Sümpfe und Quellfluren (83 Prozent) am höchsten.

Die Rote Liste der Farn- und Blütenpflanzen weist 37 Prozent der Arten als gefährdet aus (Schratt-Ehrendorfer et al. 2022). Der Anteil der gefährdeten Arten (inkl. Vorwarnliste) liegt bei Reptilien und Amphibien bei 100 Prozent. Der Anteil der gefährdeten Arten liegt bei den weiteren Wirbeltiergruppen bei 27 Prozent der Säugetiere, 31 Prozent der Vögel und 46 Prozent der Fische. Bei Insektengruppen liegt der Anteil der gefährdeten Arten z. B. bei 29 Prozent der Tagfalter und Nachtfalter, 37 Prozent der Zikaden, 38 Prozent der Heuschrecken und bei 57 Prozent der Libellen. Bei den restlichen Wirbellosen, deren Erforschungsgrad nicht zufriedenstellend ist, liegen die Werte zwischen 20 Prozent und 100 Prozent. Gemäß dem aktuellen Nationalen Gewässerbewirtschaftungsplan erreichen etwa 40 Prozent der heimischen Fließgewässer mit einer Einzugsgebietsgröße über 10 km² das im Österreichischen Wasserrechtsgesetz festgelegte Ziel des „guten ökologischen Zustandes“.

Kurzgefasst

Österreich ist ein artenreiches Land mit einer hohen Vielfalt an Lebensräumen. Allerdings ist diese Vielfalt stark bedroht. Die Biodiversitäts-Strategie Österreich 2030+ formuliert die wesentlichsten Ziele und dringend erforderliche Maßnahmen für Erhalt und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt. Die vorgeschlagenen Maßnahmen berücksichtigen gleichermaßen ökologische, ökonomische und soziale Anliegen.

Die Biodiversitäts-Strategie Österreichs 2030+ soll Vielfalt erhalten. Hauptziel ist die Unterschätzung von 30 Prozent der Landesfläche.





International Union for Conservation of Nature

Das sind die 6 IUCN Kategorien

Die IUCN ist ein Verein, der die Rote Liste gefährdeter Arten und Schutzgebiete kategorisiert. Der Sitz der IUCN ist in der Schweiz. Sie hat Beobachterstatus bei der UN-Vollversammlung.

Kategorie Ia / Ib: (Strenges Naturreservat / Wildnisgebiet) Schutzgebiet, das hauptsächlich für Zwecke der Forschung oder zum Schutz großer, unbeeinflusster Wildnisareale verwaltet wird.

Kategorie II: (Nationalpark) Schutzgebiet, das hauptsächlich zum Schutz von Ökosystemen und zu Erholungszwecken verwaltet wird.

Kategorie III: (Naturdenkmal) Schutzgebiet, das hauptsächlich zum Schutz einer besonderen Naturscheinung verwaltet wird.

Kategorie IV: (Biotop-/ Artenschutzgebiet mit Management) Schutzgebiet, für

dessen Management gezielte Eingriffe erfolgen.

Kategorie V: (Geschützte Landschaft/Geschütztes Marines Gebiet) Gebiet, dessen Management hauptsächlich auf den Schutz einer Landschaft oder eines marinen Gebietes ausgerichtet ist und der Erholung dient.

Kategorie VI: (Ressourcenschutzgebiet oder Kulturlandschaft mit Management) Gebiet, dessen Management der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ökosysteme und Lebensräume dient.

Die sechs Nationalparks Österreichs fallen in die IUCN Kategorie II. Ein aktuelles Projekt ist die Renaturierung des Fluss-Ufers im Nationalpark Donau Auen (NÖ/Wien).

Der globale Verlust der biologischen Vielfalt entsteht durch veränderte Landnutzung, direkte Ressourcenentnahme, Klimawandel, Schadstoffeinträge und gebietsfremde „invasive“ Arten.

Die aktuelle Situation EU-weit geschützter Arten und Lebensraumtypen zeigt auch kein befriedigendes Bild. 44 Prozent der Lebensraumtypen und 34 Prozent der Arten der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-RL) sind in einem ungünstigen-schlechten Erhaltungszustand, und 35 Prozent der Lebensräume und 48 Prozent der Arten der FFH-RL sind in einem ungünstigen-unzureichenden Erhaltungszustand (Umweltbundesamt 2019).

Laut dem letzten österreichischen Artikel 12-Bericht 2019 zur Umsetzung der EU-Vogelschutz-Richtlinie weisen 35 Prozent der 270 an die EU-Kommission zu meldenden Vogelarten einen stabilen und 28 Prozent einen zunehmenden Populationstrend auf. Im Gegensatz dazu weisen 25 Prozent der Vogelarten einen negativen Populationstrend auf. 3,7 Prozent der Arten fluktuieren, 2,6 Prozent weisen einen unklaren Trend auf und für 5,6 Prozent liegen keine Daten vor (Dworak 2019).

Naturschutzrechtlich geschützte Gebiete

Die Unterschutzstellung von für die biologische Vielfalt oder für das Landschaftsbild besonderen Gebieten ist eines der wesentlichen Elemente des behördlichen Naturschutzes. Rund 3 Prozent der Fläche sind streng geschützt (Fokus auf Prozessschutz, z. B. Wildnisgebiet, Nationalpark, IUCN Kategorie I und II), rund 14 Prozent sind geschützt (Fokus auf Arten- und Lebensraumschutz, z. B. Naturschutzgebiet, Europaschutzgebiet, IUCN Kategorie III und IV) und rund 12 Prozent sind gering geschützt (Fokus Erhalt des Landschaftsbildes, z. B. Landschaftsschutzgebiet, IUCN Kategorie V). Natura 2000-Gebiete (Europaschutzgebiete) stellen hinsichtlich ihrer Flächenausdehnung eine der wichtigsten Schutzgebietskategorien dar.

Wie kann man die Situation verbessern?

Das Klimaschutzministerium führt in der 2022 veröffentlichten Biodiversitäts-Strategie Österreich 2030+ eine Fülle von Maßnahmen zur Verbesserung der Situation an. Die Strategie greift die von der Europäischen Union sowie auf internationaler Ebene formulierten Zielsetzungen und Maßnahmen für den Erhalt der Biodiversität auf.

Ein Zehn-Punkte-Programm sieht nationale quantitative und qualitative Ziele und die erforderlichen Voraussetzungen für den Erhalt der biologischen Vielfalt in allen Lebensräumen Österreichs vor. Ein umfassender Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft ist gefordert, der Biodiversitätsschutz und Klimaschutz gleichermaßen einbezieht und bei der Interessensabwägung alle drei Säulen der Nachhaltigkeit – Ökologie, Ökonomie und Soziales – berücksichtigt. Die Berücksichtigung dieser Interessen ist auch essenziell, wenn es darum geht, unsere Kulturlandschaft zu erhalten und nachhaltig zu nutzen. Wenn der Erhalt der Biodiversität nicht durch eine ökonomisch vertretbare Bewirtschaftungsweise möglich ist, soll der Mehraufwand dafür durch Förderungen oder über Vertragsnaturschutz abgegolten werden.

Wie kann jede/r Einzelne zur Verbesserung der österreichischen Biodiversität beitragen?

- Geben Sie im eigenen Garten Blumenwiesen und standortgerechten heimischen Gehölzen den Vorzug vor reinen Rasenflächen. Verzichten Sie auf Pestizide und Kunstdünger.
- Setzen Sie beim Einkauf z. B. auf Saft aus heimischem Obst von Streuobstwiesen statt Fruchtsäfte aus importierten Konzentraten.
- Vermeiden oder reduzieren Sie den Konsum von Produkten, die in intensiv bewirtschafteten Monokulturen in den Ländern des Südens produziert werden.
- Versuchen Sie ihren Beitrag zur Reduktion des Klimawandels zu leisten (z. B. Energie sparen, umweltschonende Verkehrsmittel verwenden).
- Nehmen Sie mit Ihren Kindern an Führungen und Erlebnisangeboten mit Bezug zur Biodiversität teil. □

Die Forderungen der AK

Wir müssen das Artensterben aufhalten

Biodiversität und Klimaschutz nicht gegeneinander ausspielen. Im Hinblick auf die Klima-, Biodiversitäts- und Energiekrise kommt es zu Spannungen zwischen verschiedenen Lösungsansätzen. Für die Kohärenz von Maßnahmen ist eine gesamthafte und verbindliche Planung für Großprojekte, Siedlungsentwicklung etc. bei gleichzeitigem Schutz von Lebensräumen notwendig.

Soziale und ökologische Fragen miteinander verknüpfen. Ähnlich wie für den Klimaschutz gilt es, die Bedrohung der Lebensgrundlagen durch die Biodiversitätskrise abzuwehren und ein gutes Leben für alle durchzusetzen. Die ökologische Wende kann nur mit den Vielen gestaltet werden, soziale Aspekte müssen berücksichtigt werden.

Österreichweites Biodiversitätsgesetz, um Artenvielfalt und Lebensräume besser zu schützen. Naturschutz obliegt in Österreich den Bundesländern. Dies erschwert eine übergeordnete Planung für abgestimmte und effektive Maßnahmen. Ein Bundes-Biodiversitätsgesetz sollte einen bundesweit verbindlichen Rahmen schaffen.

Grundlagenarbeit finanzieren. Über den Zustand vieler österreichischer Ökosysteme liegen keine ausreichenden

Informationen vor, die Grundlagenarbeit wurde bisher vernachlässigt. Zahlreiche Daten zum Bestand von Arten gehen auf das Engagement von Freiwilligen und NGOs zurück. Es sind ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen der öffentlichen Hand erforderlich, um diese Lücken zu schließen.

Ausreichendes Budget für die Biodiversität. Der Schutz und die Wiederherstellung von Ökosystemen sind aufwendig. Um die Biodiversitätsziele zu erreichen und unsere Lebensgrundlagen zu erhalten, müssen rasch finanzielle und personelle Mittel durch die öffentliche Hand zur Verfügung gestellt werden, da Maßnahmen sonst schwieriger und teurer werden.

Gute Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung für die Beschäftigten, die für die Wiederherstellung der Natur und zum Schutz der Biodiversität arbeiten.

Biodiversitätsschädigende Anreize und Subventionen abbauen. Die Landwirtschaft ist einer der Treiber des Artenschwundes, gleichzeitig fließen EU-weit rund 58 Mrd. Euro in diesen Sektor. Alle Agrarförderungen sind an Umweltauflagen und Biodiversitätsverpflichtungen zu binden, um negative Auswirkungen intensiver Landnutzung zu vermeiden.

Kurzgefasst

Die Maschinenfabrik Liezen und Gießerei Ges. m.b.H. stellt seit Jahresanfang einen innovativen Güterwaggon her. Dieser ermöglicht eine Verlagerung von Lkw-Sattelauflegern auf die Schiene ohne Kran und Güterterminal. Der Waggon schwenkt dabei einfach zur Seite, sodass das Zugfahrzeug den Anhänger auf den Waggon schieben kann. Diese revolutionäre Technologie hat enormes Wachstumspotenzial und kann den CO₂-Fußabdruck im Güterverkehr erheblich reduzieren.



Grüne Logistik-Innovation – Made in Liezen

Die Mitarbeiter:innen der Maschinenfabrik Liezen und Gießerei (MFL) machen den Güterverkehr klimafit. Ihre neuen, innovativen Güterwaggons verladen Lkw-Sattelaufleger schnell und einfach auf die Schiene. VON FRANZ GREIL

Mit den Güterwaggons aus Liezen können Lkw-Sattelaufleger endlich Bahn fahren.

Der Lkw mit Sattelaufleger ist im europäischen Straßengüterverkehr das Maß aller Dinge. Rund drei Viertel aller gefahrenen Tonnenkilometer entfallen auf diese Sattelaufhänger, sogenannte Trailer, die von einem Lkw gezogen werden. Dieser Transport ist aber nicht klimafreundlich und sollte idealerweise nur auf kurzen Strecken im Vor- und Nachlauf für den Schienenverkehr per Lkw erfolgen. Eine nennenswerte Verlagerung auf die Schiene blieb aber bis jetzt aus. Das Problem ist: Die meisten Sattelaufleger können schlicht nicht Bahn fahren. Rund 90 Prozent dieser Transporteinheiten sind nicht kranbar und können in Güterterminals nicht auf die Schiene gesetzt werden. Auch der Bau von ausreichenden Güterterminals scheiterte aus vielfältigen Grün-

den. Der große europäische Warenstrom blieb damit der Straße treu.

Verlagern ohne Kran und Terminal

Abhilfe für die Klimawende im Güterverkehr könnte nun der sogenannte Trailerwaggon schaffen, der künftig von der Maschinenfabrik Liezen und Gießerei (MFL) in Liezen im steirischen Ennstal hergestellt wird. Anstelle von teuren Güterterminals benötigt dieser innovative Waggon schlicht nur ein Anschlussgleis, wo er zur Seite hin auf eine ebene Auffahrfläche ausschwenkt. Dann schiebt ein Lkw den Sattelaufleger einfach auf den Waggon. Barrierefrei ist dabei das Schlüsselwort. In nur zwei Minuten Verladezeit kann kostengünstig auf jedem beliebigen Standort mit ebener Fläche und einem Anschlussgleis umgeladen werden.

Dieser Trailerwaggon, eine Innovation des Start-up-Unternehmens Helrom mit Sitz in Frankfurt, hat sich in der Praxis bewährt. Seit 2020 betreibt dieses Unternehmen einen Zug, der 42 Sattelaufleger vom Hafen Wien nach Düsseldorf befördert, wo sie dann auf einem alten Industriegelände abfahren. Schon jetzt ist dieser Zug ausgelastet. Bis zum Jahr 2025 soll diese Dienstleistung auf 50 Korridore in Europa ausdehnt werden, ein Ausrollen in Nordamerika und Australien ist ebenfalls in Planung. Attraktiv ist dieses Logistik-Angebot besonders für kleine Unternehmen, die keinen Zugang zu Umschlagterminals haben. Außerdem wird diese Variante des kombinierten Verkehrs mit dem Mangel an Berufskraftfahrern zunehmend auch für Straßentransporteur:innen interessant.

Grüne Güterlogistik mit Potenzial

Schon vor Jahren stellte die MFL die Weichen für den Einzug in die internationale Schienenverkehrstechnik. Im Jänner dieses Jahres hat das Unternehmen mit einem Großauftrag von Helrom die Fertigung von 40 Trailerwaggons nach Liezen holen können. Wird der Auftrag zufriedenstellend erfüllt, kann das Unternehmen mit Folgeaufträgen bis zum Jahr 2033 rechnen und zu einem Systempartner für eine universell einsetzbare Güterwagentechnologie werden. Dies bedeutet, dass der Maschinenbauer und Hersteller von Stahlgusseisen endgültig den Sprung zu einem mittelständischen Player in der internationalen Schienenfahrzeugindustrie geschafft hat.

Gegründet 1939 als „Schmiedhütte“ machte das Unternehmen eine wechselvolle Geschichte durch. Traurige Berühmtheit erlangte es durch den Noricum-Skandal mit illegal ausgeführten Artilleriegeschützen. Seit der Insolvenz im Jahr 1994 wurde aber das Unternehmen neu aufgestellt. Heute erwirtschaften rund 700 Beschäftigte in Liezen mehr als die Hälfte des Umsatzes mit der Fertigung von Schienenfahrzeugen.

Für die Mitarbeiter:innen selbst birgt die Konzentration des Unternehmens auf nachhaltige Produkte

die Gewissheit, in einem modernen Unternehmen auf zukunftssicheren Arbeitsplätzen einer sinnstiftenden Tätigkeit nachzugehen. „Unser Anspruch ist es, die Nummer eins als Arbeitgeber in der Region zu sein“, streicht der Geschäftsführer Herbert Decker die Bedeutung des Betriebs für einen strukturschwachen Bezirk hervor. So wurde die Ausbildung von Fachpersonal auch in wirtschaftlich schlechten Zeiten immer hochgehalten. Der Großauftrag zieht aber auch einen Ausbau am Standort nach sich. An der Spitze des umfassenden Investitionsprogramms steht eine der größten Hightech-Schweißroboteranlagen Europas. Die Fertigungsanlage mit einer Gesamtlänge von 46 Metern ist für mehrere Schweißroboter ausgelegt. So können Werkstücke bis zu einer Länge von 28 Metern und einem Gewicht von bis zu 20 Tonnen verarbeitet werden. Wichtige Arbeitsplätze in Österreich bleiben damit langfristig abgesichert.

Klimafitter Güterverkehr aus Liezen

Der Standort Liezen könnte mit dieser revolutionären Güterwagen-Technologie am Beginn einer außergewöhnlichen Expansion stehen. Nur zur Orientierung: Ein Güterzug benötigt etwa 20 Prozent der Energie eines Lkw und verursacht lediglich 25 Prozent von dessen klimaschädlichen Emissionen. Diese Einsparung an Energie und Treibhausgasen wird dringend benötigt, denn dem Güterverkehr auf der Straße wird trotz Klimakrise noch immer ein ständig wachsender Anstieg prognostiziert. Darüber hinaus können mit den Güterwaggons aus Liezen auch Waren transportiert werden, die bisher auf der Bahn nicht befördert wurden. Dank am Waggon erzeugter Elektrizität kann die Kühlkette wie beim Lkw endlich auch auf der Schiene eingehalten werden. Lebensmittel können beispielsweise dadurch über längere Strecken mit gleicher Qualität, aber umweltfreundlich transportiert werden. Die Weichen für einen klimafreundlichen Güterverkehr könnten somit von der Belegschaft in Liezen im Ennstal neu gestellt werden. □



Franz Greil ist Mitarbeiter der Abteilung Umwelt & Verkehr der AK Wien.

Foto: Erwin Schuh

„Die Innovationskraft unserer Belegschaft stärkt die Wirtschaftsregion Liezen und trägt zu mehr grüner Mobilität in der Güterbeförderung bei.“
MFL-Betriebsratsvorsitzender Manfred Schachner



20 Prozent

Ein Güterzug benötigt 20 Prozent der Energie eines Lkw. Icon: Freepic

Grüne Pracht an der Hausfassade

Begrünte Gebäude bieten viele Vorteile: Sie verbessern das städtische Mikroklima, wirken isolierend, reinigen die Luft und steigern die Lebensqualität der Stadtbewohner:innen. Im Hinblick auf den Klimawandel ist es höchste Zeit, Firmengebäude und Wohnhäuser zu begrünen. VON BJÖRN SCHOAS



Björn Schoas ist Gartenexperte von DIE UMWELTBERATUNG.
Foto: Monika Kupka, DIE UMWELTBERATUNG

Versiegelung und Klimawandel verstärken das Aufheizen der Siedlungen im Sommer und die Hitze macht vielen Menschen in der Stadt zu schaffen. Um dieser Entwicklung entgegenzusteuern, ist die Begrünung von Gebäuden eine gute Möglichkeit. Grün an Hauswänden und auf Dächern sorgt auf engstem Raum für wohltuende Frische und fördert die klimaresiliente Stadtentwicklung.

Gebäudebegrünung geht fast überall

In der Stadt, wo jeder Quadratmeter wertvoll und von verschiedenen Interessensgruppen umkämpft ist, kommt der platzsparenden Gebäudebegrünung besondere Bedeutung zu. Ein schmaler Erdstreifen entlang der Wand oder einfach ein paar Tröge am Gehsteig reichen, um viele Quadratmeter Grün in der Vertikalen zu schaffen. Die Blätter beschatten die Wände und kühlen durch Verdunstung die Umgebungsluft ab. Sie filtern außerdem Feinstaub und wirken als natürlicher Schallschutz.

Fassadenbegrünung vom Boden weg

Für die sogenannte „bodengebundene“ Fassadenbegrünung können die Pflanzen entweder in den Boden oder in Pflanztröge gesetzt werden. Wenn Kletterpflanzen direkt im Erdreich vor Hausmauern gepflanzt werden, hat das den Vorteil, dass sich die Pflanzen selbstständig mit Wasser und Nährstoffen aus dem Boden versorgen. Das ist eine einfache Möglichkeit,

Eine begrünte Fassade trägt maßgeblich zum Wohlfühlklima in der Stadt bei.

um Gebäude großflächig zu begrünen. Eine kostengünstige Form der Fassadenbegrünung ist es, Tröge aufzustellen. Die Schritt-für-Schritt-Anleitung dazu bietet DIE UMWELTBERATUNG auf www.umweltberatung.at/themen-bauen-fassade.

Werden selbstklimmende Kletterpflanzen wie zum Beispiel Wilder Wein gepflanzt, ist keine Rankhilfe in Form von Seil- oder Gitterkonstruktionen notwendig, denn die Selbstklimmer wachsen direkt an den Wänden hinauf. Zu beachten ist bei selbstklimmenden Kletterpflanzen, dass sie entweder zurückgeschnitten werden müssen oder eine Überwuchsleiste aus Metall angebracht wird, um Gebäudekanten, Fenster oder Öffnungen vom Bewuchs freizuhalten.

Wenn die Pflanzen nicht direkt in den Boden, sondern in Pflanztröge am Gehsteig gesetzt werden, sollten diese Tröge ein Mindestvolumen von 300 Litern haben und witterungsbeständig sein. Bei einer straßenseitigen Begrünung mit Trögen ist eine Restgehsteigbreite von mindestens 2 Metern erforderlich.

Grüne Fassaden ohne Bodenkontakt

Steht an Gebäuden kein ausreichender Bodenraum zur Verfügung, ist eine sogenannte „wandgebundene“ Begrünung möglich. Dabei werden viele Behälter mit verschiedensten Pflanzen an der Wand angebracht. Die Pflanzen werden automatisch bewässert und gedüngt. Wandgebundene Begrünungen sind in der Herstellung und Pflege erheblich aufwändiger und teurer als bodengebundene Begrünung.

Eine grüne Haube für Gebäude

Neben der Begrünung von Hausfassaden können auch Dachflächen von Wohnhäusern, Bürogebäuden und Gewerbehallen sowie Garagendächer, Carports oder Fahrradunterstände begrünt werden. Dabei wird zwischen extensiver oder intensiver Dachbegrünung unterschieden. Extensive Dachbegrünungen haben einen dünn-



Foto: Björn Schauer / DIE UMWELTBERATUNG

Begrünter Innenhof des Boutique Hotel Stadthalle in Wien mit einer bodengebundenen Begrünung.

schichtigen Aufbau von ca. 8-15 cm Erdreich, wo Gräser, Kräuter und Sedumpflanzen wachsen. Diese Flächen können nur auf Wegen, die für die Pflege angelegt werden, betreten werden. Extensive Dachbegrünungen haben den Vorteil, dass sie wenig Gewicht haben, sehr pflegeleicht und dadurch auch preisgünstig sind. Intensive Dachbegrünungen sind wie Gärten betretbar und nutzbar. Das Erdreich ist bis zu 100 cm tief, das Dach muss also ein hohes Gewicht tragen können. Hier können auch Stauden, Sträucher und kleinkronige Gehölze gepflanzt werden.

Begrünte Gebäude fördern Biodiversität

Durch die Schaffung von grünen Flächen auf Gebäuden entstehen wichtige Nahrungs- und Rückzugsorte für viele Wildpflanzen, Insekten und andere Wildtiere. Es profitieren zum Beispiel

Schmetterlinge, Wildbienen und Honigbienen von blühenden Pflanzen auf Dachflächen oder von blühenden Kletterpflanzen wie Geißblatt und Efeu. Spatzen und Amseln nutzen begrünte Fassaden und Dächer zum Nestbau.

Kostenlose Erstberatung zur Gebäudebegrünung in Wien

Damit die Gebäudebegrünung gut funktioniert, muss sie fachgerecht geplant und umgesetzt werden. Neben Fragen zur Gebäudetechnik und Genehmigungen ist auch zu klären, welche Begrünungssysteme und welche Pflanzen geeignet sind. Das Grünraumteam von DIE UMWELTBERATUNG bietet Mieter*innen, Eigentümer*innen und Hausverwaltungen eine kostenlose, firmenunabhängige Erstberatung zur Gebäudebegrünung im Auftrag der Stadt Wien – Umweltschutz an. Bei diesen Erstberatungen werden Fragen zu Fassaden-, Innenhof- und Dachbegrünungen geklärt und die möglichen Förderungen durch die Stadt Wien – Umweltschutz besprochen. Die Vereinbarung des Beratungstermines erfolgt über die Telefonhotline von DIE UMWELTBERATUNG unter 01 803 32 32 oder per E-Mail an service@umweltberatung.at

Mehr Grün in unseren Städten bedeutet auch für Vögel, Insekten und Klein-Säugetiere ein Mehr an Lebensqualität.



13°C

Bauwerksbegrünungen können die gefühlte Temperatur an einem Hitzetag um bis zu 13 Grad reduzieren. Icon: Muhammad Atif

Das Imperium schlägt zurück

Während „Imperial“ früher oft an Glanz und Größe denken ließ, wird heute mit „Imperium“ zumeist Macht und Unterdrückung verbunden – ganz wie im Star-Wars-Film aus 1980, dessen Titel hier entlehnt wird. Konflikte, die daraus entstehen, werden häufiger und drastischer. VON CHRISTOPH STREISSLER UND HEINZ HÖGELSBERGER

Kurzgefasst

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine ist das extremste Beispiel einer Reihe von sich zuspitzenden internationalen Konflikten. Während für einige Jahrzehnte Probleme am Verhandlungstisch gelöst wurden, beobachten wir nun immer häufiger offene Konflikte und einseitiges Ausspielen von Macht. Das hat auch die Umwelt- und Klimapolitik verändert – auf eine Weise, die Anlass zur Sorge gibt.

In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg herrschte in der internationalen Politik der Konsens vor, dass die Kooperation der Staaten bessere Ergebnisse bringt als die Konkurrenz; und zwar für alle Beteiligten. Die Vereinten Nationen (UNO), 1945 gegründet, prägten die Zusammenarbeit zwischen den Staaten. Unter ihrer Führung wurden Verträge geschlossen und Teilorganisationen gegründet, die die internationale Ordnung lange Zeit bestimmten. Beispiele sind die Weltgesundheitsorganisation, die Internationale Arbeitsorganisation oder die Weltbank. Die UNO, ihre Teilorganisationen und die Verträge, die unter ihrer Führung ausgehandelt wurden, stehen allen Mitgliedstaaten offen. Sie sind damit im Wortsinn „international“, da fast alle Staaten der Welt Mitglied der UNO sind.

Schubumkehr

In den letzten Jahren zeigte sich aber mehr und mehr, dass die Zusammenarbeit der Staaten brüchiger wird. Immer offener verfolgen sie stattdessen einen neuen Protektionismus, der ganz unverhüllt ihre eigenen Interessen in den Mittelpunkt stellt. Die internationale Zusammenarbeit weicht zusehends einer einseitigen Politik, einem sogenannten „Unilateralismus“, einer Abschottung und vermeintlichen Absicherung des eigenen Staates auf Kosten anderer. Auch innerhalb der Staaten zeigen sich immer mehr

Dabei geht es nicht nur um den Krieg in der Ukraine, der bis vor kurzem noch für unvorstellbar galt.

Ein Beispiel für die neue Abschottung ist der Kampf um den Zugriff auf strategische Rohstoffe. Dazu gehört beispielweise das Metall Neodym, das für die Erzeugung von Hochleistungsmagneten benötigt wird. 85 Prozent dieser weltweit gehandelten Substanz kommen aus China, wodurch dieses Land ein wirtschaftliches Druckmittel in der Hand hat und über die Verfügbarkeit des Rohstoffs bestimmen kann. Die Staaten der Welt – auch die EU – befinden sich in einem Wettlauf, um sich den Zugang zu derartigen Rohstoffen zu sichern, statt auf eine kooperative Weise über die Verteilung knapper Ressourcen zu verhandeln. Damit erleben Formen des Kolonialismus eine Renaissance, die – vielleicht naiverweise – lange für überwunden gehalten wurden.

Ähnlich läuft es mit der Unterstützung der Industrie im eigenen Land. Mittlerweile gibt es eine wahre Hochrüstung an Steuervorteilen und Geschenken an Unternehmen, im „Standortwettbewerb“ ist gewissermaßen Doping zur Regel geworden. Während beispielsweise in der EU lange Zeit die Vorstellung herrschte, dass staatliche Unternehmensförderungen nur ausnahmsweise und befristet zulässig sein sollen, erlaubt die EU den Mitgliedstaaten, Unternehmen fast ohne irgendwelche Bedingungen zu fördern. Alle anderen tun es ja auch, wird als Grund angeführt. Damit wird eine Verteilung von Steuermitteln hin zu Unternehmensgewinnen möglich, die vor zehn Jahren völlig ausgeschlossen war.

Bedrohliche Frontstellungen zeigen sich etwa auch bei der neuen Landwirtschaftsstrategie der EU „Vom Feld auf den Tisch“, die Teil des Grünen Deals

Der Wettlauf, wer sich als erster den Zugang zu strategischen Rohstoffen sichert, führt zu einer Renaissance des Kolonialismus.

Konfliktlinien, die einen gesellschaftlichen Grundkonsens in Frage stellen. Während früher ein gemeinsames Verständnis herrschte, dass Frieden, gerechte Verteilung des Wohlstands sowie Demokratie und Gleichberechtigung die Basis einer lebenswerten Gesellschaft bilden, erodieren diese Werte heute oder sind massiv unter Beschuss geraten.



Foto: Jimcooper_perabey

Das „Imperium“ nutzt seine Macht um seine Interessen durchzusetzen und sich zu bereichern.

ist: Einige Fraktionen im EU-Parlament stellten die Reduktion von Pestiziden in Frage. Es wird offen für den Einsatz dieser Gifte ohne Berücksichtigung von Biodiversität und Naturschutz argumentiert. Vergleichbares war vor zehn Jahren nur hinter vorgehaltener Hand zu hören.

Wo bleibt der Klimaschutz?

2015 wurde bei der Klimakonferenz in Paris das Ziel beschlossen, den Ausstoß an Treibhausgasen so zu reduzieren, dass die Erderwärmung „möglichst bei 1,5 Grad begrenzt werden kann“. Statt zu sinken sind die Emissionen aber seither weltweit weiter angestiegen. Vielen Staaten fehlt jegliche Motivation. Die USA hatten sich zeitweise von dem Abkommen zurückgezogen. Australien blieb untätig, um seine bedeutende Kohleindustrie nicht zu gefährden.



+4,4 Prozent

soviel sind seit 2015 weltweit die Emissionen an Treibhausgasen gestiegen, anstatt rapide zu sinken. Icon: dBara

Die Staaten des mittleren Ostens wollten nur Emissionsreduktionen zusagen, wenn der Export von Erdöl weiterhin uneingeschränkt möglich ist.

Selbst in der EU ist die Unterstützung für die Klimaziele brüchig. Wo rechtspopulistische Parteien an der Macht sind, kommt die ambitionierte Klimapolitik unter die Räder. Das wird sichtbar, wenn die Staaten im Rat der EU abstimmen, wo beispielsweise Polen gegen mehrere Klimaschutzgesetze stimmte. Auch in Österreich ist keine ernsthafte Trendwende zu beobachten.

Die Wissenschaft zeigt klar auf, dass die Erde ohne strenge Klimaschutzmaßnahmen kein sonderlich lebenswerter Planet mehr sein wird. Die meisten Menschen sehen im Klimawandel ein ernstes Problem und wünschen sich entsprechende Gegenmaßnahmen. Da stellt sich schon die Frage, wieso es nicht einmal demokratische Staaten schaffen, eine Wirtschafts- und Umweltpolitik zu verfolgen, die den objektiven Interessen der übergroßen Mehrheit entspricht. Warum kommt es also zu diesem eklatanten Demokratieversagen?

Eine Erklärung liegt in der Verteilungswirkung, die hinter dem Treibhauseffekt steht: So ver- ▷



Christoph Streissler ist Chemiker und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien.

Foto: Erwin Schuh



Heinz Högelsberger ist Erdwissenschaftler und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien

Foto: Erwin Schuh

Geldregen für Unternehmen: Im „Standortwettbewerb“ ist gewissermaßen Doping zur Regel geworden.



Foto: EAL / AK Wien

schuldet das reichste Zehntel der Weltbevölkerung ungefähr die Hälfte der globalen Emissionen, während die ärmere Hälfte nur für rund zehn Prozent verantwortlich ist. Dieses reichste Zehntel stellt die globale Elite dar. Sie hält die wirtschaftliche und politische Macht in Händen und hat keinerlei Veranlassung, auf ihren Reichtum und ihren Lebensstil zu verzichten. Eine weitere Ursache ist darin zu finden, dass es im Kapitalismus um die Maximierung von Gewinnen geht und diese nur mit der stetigen Ausweitung der Produktion zu erreichen sind, die wiederum einen immer größeren Rohstoff- und Umweltverbrauch nach sich zieht.

Die Repression steigt

Je offensichtlicher die Klimakrise wird, desto mehr setzen auch demokratische Staaten auf folgende zwei Strategien: Prügel und Placebo. Einerseits nehmen Repressionen zu, andererseits werden gern Scheinlösungen angeboten, die dann mit Steuergeldern großzügig gefördert werden. In vielen Län-

dern und Regionen sind rechtspopulistische, aber auch neofaschistische Parteien im Vormarsch. Sie leugnen oder verharmlosen den Klimawandel und versprechen damit ihren Wähler:innen, dass diese ihren Lebensstil ungestört fortsetzen können – eine willkommene Illusion. Man wendet sich gegen eine „Untergangsapokalypse“ und Verbote (z.B. Temporeduktionen).

Diese Abneigung gegen Verbote beschränkt sich allerdings auf den Klimaschutz. Denn wer stört – sei es die kritische Wissenschaft, seien es Klimaschützer:innen oder Flüchtlinge –, wird mit aller Härte bekämpft. So haben es die sogenannten „Klimakleber“ in das niederösterreichische Regierungsübereinkommen geschafft, wo festgelegt wurde, dass man gegen diese „entschlossen vorgehen“ möchte. In England wurden zwei Aktivist:innen, die eine für den Straßenverkehr wichtige Themse-Brücke vorübergehend blockierten, zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Im Gegensatz dazu können jene Audi-Manager, die durch ihren Beitrag zum Dieselmotortrug und zu erhöhten Belastungen mit Stickoxiden zahlreiche Menschenleben auf dem Gewissen haben, im Fall von Geständnissen damit rechnen, dass ihre Haftstrafen bloß bedingt ausgesprochen werden.

50 Prozent

beträgt der Anteil an den Treibhausgasemissionen, den das reichste Zehntel der Weltbevölkerung verantwortet.

Hochkonjunktur für Scheinlösungen

Aufsehen erregte auch, als Deutschland die Änderung eines EU-Gesetzes erwirkte, das eigentlich schon als ausverhandelt galt. Nach dem ursprünglichen Entwurf sollten ab 2035 nur mehr Autos neu für den Verkehr zugelassen werden, die elektrisch oder mit Wasserstoff fahren. Doch die Lobby der Hersteller von Verbrennungsmotoren konnte durchsetzen, dass unter bestimmten Voraussetzungen auch nach 2035 noch Benzin- bzw. Dieselaautos verkauft werden dürfen. Österreich unterstützte Deutschland bei dieser Änderung. Das dabei geschaffene Schlupfloch für sogenannte E-Fuels kombiniert ineffiziente Verbrennungsmotoren mit der ebenfalls ineffizienten Erzeugung von synthetischen Treibstoffen. Aber auch bei E-Fahrzeugen kommt es zu Fehlentwicklungen. So setzt speziell die deutsche Kfz-Industrie ganz auf hochpreisige E-SUVs, weil mit ihnen einfach am meisten Gewinn gemacht werden kann. Gesellschaftlich nützliche E-Kfz, wie Motorroller, Klein-Lkws, aber auch E-Busse, werden in Europa hingegen kaum erzeugt.

Eine Renaissance versucht man auch bei der Atomkraft, die sich seit Jahrzehnten am absteigenden Ast befindet. Trotz des ungelösten Problems der Atomüll-Lagerung, trotz der Gefahr von Nuklearkatastrophen und trotz der enormen Kosten und

langen Bauzeiten wittert die Atomlobby Morgenluft und hofft auf zusätzliche „grüne“ Fördergelder, weil Atomstrom ja vorgeblich CO₂-neutral produziert wird. In Frankreich und Tschechien hat sie verlässliche Verbündete.

Ähnlich rückwärtsgewandt ist die Autolobby. Die österreichische Kfz-Industrie hat sich großes Know-How in der Verbrenner- und Allradtechnologie aufgebaut. Doch mit dem Vormarsch der E-Autos wird dies immer weniger wert. Für Forschung und Produktionsumstellung fließen reichlich öffentliche Fördermittel. Gewerkschaften und AK fordern, diese Gelder an die Einhaltung gewisser Bedingungen zu knüpfen; z.B. an Jobgarantien, Einbeziehung des Betriebsrates oder Maßnahmen zur Kreislaufwirtschaft. All das wird von der Branche vehement abgelehnt.

Zwei ungleiche Strategien: Prügel für Klimaschützer:innen, aber nur Placebo-Maßnahmen gegen Klimasünder:innen.

Diese Entwicklungen – auf internationaler, auf europäischer und auf innerstaatlicher Ebene – sind Grund zur Sorge. Für uns steht fest: Eine Rückkehr zu einer multilateralen Ordnung, zu einem Ausgleich der Interessen und zu einem ehrlichen Eintreten für die Schwächeren ist eine Grundvoraussetzung, um sich wieder schrittweise vom Abgrund des rücksichtslosen Populismus und des Faschismus zu entfernen. □

Superkleber

Die Aktivist:innen der „Letzten Generation“ haben einen Nerv getroffen: Sie blockieren immer wieder den Straßenverkehr, indem sie sich auf der Fahrbahn festkleben. Berlin, München und Wien wurden bereits Schauplätze dieser Aktionen. Dafür schlägt ihnen offener Hass und Gewalt entgegen. Rechte Parteien überbieten sich bei der Forderung nach strengen Strafen. Die Aktivist:innen werden oft als Terrorist:innen bezeichnet.

Aber es gibt auch positive Reaktionen. So haben sich Anfang des Jahres etwa vierzig Wissenschaftler:innen mit den Aktivist:innen solidarisiert und ihre Ziele ausdrücklich gutgeheißen. In einem Brief der Plattform „Handeln statt Kriminalisieren“, der von 1600 Wissenschaftler:innen unterzeichnet wurde, wird eine aktive Rolle der Politik gefordert: Angesichts



Foto: EML / AK Wien

der Klimakatastrophe „ist es die Aufgabe der Politiker:innen, schützend dieser gefährlichen Dynamik entgegenzusteuern und die vereinbarten Klimaschutzmaßnahmen konsequent umzusetzen anstatt die Aktivist:innen direkt oder indirekt zu diskreditieren oder sogar zu kriminalisieren.“



Öffentliche Aufträge: Sozial und Ökologisch

Die öffentliche Beschaffung ist ein Hebel für den sozial-ökologischen Umbau, der bisher nicht genutzt wird. Für die Erreichung der Klimaziele müssen aber alle Hebel in Bewegung gesetzt werden. Die Arbeiterkammer fordert verpflichtende Kriterien, wenn der Staat Aufträge vergibt. VON ASTRID SCHÖGGL UND MATTHIAS KODERHOLD



M. Klien, M. Böheim, G. Streicher (WIFO): Die Rolle des öffentlichen Vergabewesens für eine klimaneutrale Produktions- und Lebensweise
(Studie im Auftrag der Arbeiterkammern Niederösterreich und Wien, 2023)

Download unter:



Um die Klimaerhitzung und die Folgen des Klimawandels auf ein bewältigbares Ausmaß zu beschränken, sind schnelle und entschiedene Schritte hin zu einer klimaneutralen Wirtschafts- und Lebensweise notwendig. Österreich ist bei der Erreichung der Klimaziele besonders weit hinten: In keinem anderen Land der EU klaffen Zielsetzungen und tatsächliche Emissionen so drastisch auseinander. Im Pariser Klimaabkommen hat sich Österreich vertraglich verpflichtet, seine Treibhausgasemissionen auf ein klimaneutrales Niveau zu senken. Zur Erreichung des +1,5°C-Ziels verbleiben für Österreich, bei weltweiter Pro-Kopf-Aufteilung, noch Restemissionen, die beim derzeitigen Emissionsniveau Mitte 2025 aufgebraucht sein werden.

Daher müssen wir jetzt an allen Hebeln ansetzen, um die Klimaziele noch zu erreichen. Dabei ist auch der Staat ein mächtiger Akteur, nicht nur was die Gestaltung der rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen betrifft. Der Staat führt nämlich auch eine Reihe von wirtschaftlichen Tätigkeiten aus, nicht nur in der öffentlichen Verwaltung, sondern auch in der Daseinsvorsorge, im Gesundheits- und Bildungsbereich oder in der Sicherheitspolitik. Wann immer der Staat Aufträge vergibt, nennt man das öffentliche Beschaffung. Diese staatliche Aktivität macht etwa 18 Prozent des österreichischen Bruttoinlandsproduktes aus. Und damit hat auch der Staat selbst einen CO₂-Fußabdruck.

Beim derzeitigen Emissionsniveau ist das österreichische CO₂-Budget für das +1,5°C-Ziel Mitte 2025 aufgebraucht.

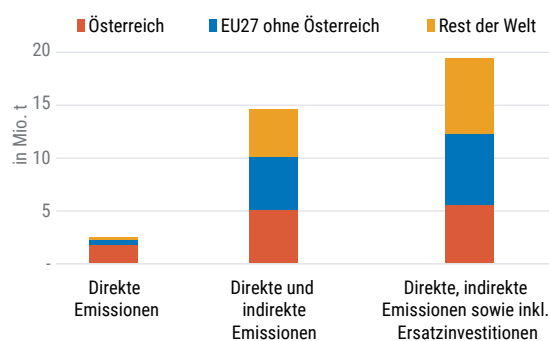
Studie zeigt: Staatliche Aufträge sind ein wichtiger Hebel

Eine aktuelle, von AK Niederösterreich und AK Wien in Auftrag gegebene WIFO-Studie unter-

sucht den CO₂-Fußabdruck der öffentlichen Beschaffung. Das schließt direkte, indirekte oder über Ersatzinvestitionen verursachte CO₂-Emissionen ein, die in verschiedene Ebenen unterteilt werden können: nach Branchen, nach Regionen und nach politischen Handlungsebenen.

Im Untersuchungszeitraum von 2015 bis 2020 hat die öffentliche Beschaffung Österreichs jährlich CO₂-Emissionen von weltweit 19,4 Mio. Tonnen verursacht. Der größte Teil davon entfällt auf Drittländer, weil die vom Staat zugekauften Waren und Dienstleistungen entlang ihrer gesamten Wertschöpfungskette auch anderswo Emissionen verursachen. Diese Tatsache verdeutlicht auch die globale Verantwortung der österreichischen Klimapolitik. Nach Branchen unterteilt entfallen die größten Ausgaben und auch die meisten Emissionen in den Bereichen Bauwesen und Warenherstellung. Die relevantesten Auftraggeber:innen sind wenig überraschend die drei Gebietskörperschaften Bund, Länder und Gemeinden, sowie die ausgegliederten öffentlichen Unternehmen und die Sozialversicherungen.

Das CO₂-Volumen der österreichischen Beschaffung



Quelle: WIFO-Berechnungen (ADAGIO)



Auch der Straßenbahnbau soll durch verbindliche soziale und ökologische Kriterien mehr zum Klimaschutz beitragen.

Mit dieser Untersuchung wurden zentrale Hebel für die Dekarbonisierung der öffentlichen Beschaffung identifiziert. Um die Klimaziele zu erreichen, muss also auch die öffentliche Beschaffung so schnell wie möglich klimaneutral werden. Dabei gilt es aber auch die soziale Gerechtigkeit zu berücksichtigen, zum Beispiel was Arbeitsbedingungen entlang der Lieferketten im globalen Süden betrifft. Insgesamt müssen soziale und ökologische Faktoren stets entlang der gesamten Wertschöpfungskette der staatlichen Aufträge betrachtet werden. Veränderungen in der öffentlichen Vergabe können starke Auswirkungen auf Beschäftigung, insbesondere in anderen Regionen haben. So etwa, wenn von weniger nachhaltigen auf ökologische Materialien gewechselt wird.

Es braucht verbindliche soziale und ökologische Kriterien

Auf Basis der Studienergebnisse fordert die Arbeiterkammer, dass für öffentliche Aufträge verpflichtend soziale und ökologische Kriterien eingeführt werden. Zum Beispiel muss bei Bauaufträgen für staatliche Gebäude zwingend auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz gesetzt werden, bei Lebensmittelbeschaffung auf Regionalität und die Vermeidung von Verschwendung, und so weiter.

Die Studie zeigt, dass dadurch ein ökologischer Mehrwert realisiert werden kann.

Rechtlich sind solche Kriterien zwar vorgesehen, auf Europäischer Ebene sind sie allerdings unverbindlich. Auf österreichischer Ebene sieht der Aktionsplan für nachhaltige Beschaffung (naBe) soziale und ökologische Kriterien vor, diese bieten jedoch großen Spielraum für die öffentlichen Auftraggeber.

Öffentliche Beschaffung muss klimaneutral werden

Die Bewältigung der Klimakrise kann nur gelingen, wenn die gesamte Wirtschaft sozial-ökologisch umgebaut wird. In Bezug auf die privatisierten und liberalisierten Märkte ist es eine große Herausforderung, aus der Profitlogik auszuweichen. Wenn aber der Staat mit öffentlichen Geldern wirtschaftet, muss sich das innerhalb der planetaren Grenzen ausgeben und dabei sozial gerecht sein. Anders gesagt:

Es müssen einfache Lösungen umgehend angewendet werden, um für komplizierte Probleme mehr Zeit zu erkaufen. Es braucht eine sozial-ökologische Vergabepraxis. □

Kurzgefasst

Eine Studie von AK Wien/ AK NÖ hat die Rolle der öffentlichen Beschaffung für die Erreichung der Klimaziele untersucht. Der Staat verursacht mit seinen Aufträgen einen großen CO₂-Fußabdruck, vor allem im Gebäudesektor und in der Warenherstellung, die Folgen sind global verteilt. Die öffentliche Beschaffung muss ökologisch und sozial verantwortungsvoll gestaltet werden.



Astrid Schögg ist Referentin der Abteilung Umwelt und Verkehr der AK Wien.

Foto: Erwin Schuh



Matthias Koderhold ist Referent der Abteilung Wirtschaftspolitik der AK Niederösterreich.

Foto: Mario Scheichel

Die öffentliche Beschaffung verursacht jährlich rund 8 Prozent der heimischen Emissionen und weltweit rund 19 Mio. Tonnen.



Foto: BM / AKWien



Natur braucht Schutz

Vielfalt Sechs Nationalparks auf etwa 2.400 km² gibt es in Österreich. Sie sind eine Insel für seltene Tier- und Pflanzenarten. Renaturierung ist heute das Zauberwort im Naturschutz. So etwa im Nationalpark Donau-Auen. Die Entfernung von Uferbefestigungen sowie die Öffnung des Spittelauer Armes haben Ansiedelungen von Vögeln, Insekten und Kleinstlebewesen erst wieder möglich gemacht.

Im National Park Neusiedler-See/Seewinkel holen sich die Naturpark Ranger Hilfe von Biobauern. Kühe sorgen dafür, dass die empfindliche pannonische Steppenlandschaft offen bleibt.

Im National Park Thayatal ist man aufgeregt – und auf die Katz' gekommen. Schließlich konnten erstmals in Österreich wieder Wildkatzen gesichtet werden. Gerade für Familien ist ein Besuch in einem dieser oder der anderen drei Parks in den Bergen (Gesäuse, Kalkalpen und Hohe Tauern) lehrreich und empfehlenswert. Vergessen sollte man dabei aber eines nicht: Die Natur muss vor allem vor dem Menschen geschützt werden. Sanfter Tourismus bekommt so eine neue Bedeutung. **EL**

Mehr zu den National Parks Austria finden Sie hier:
<https://www.nationalparksaustria.at/de/downloads.html>

Das Wasserbuch

Überschwemmungen Dürren, Gletscherschwund. Vier Expeditionen im Herzen Europas.

Mathias Plüss widmet sich den globalen Wasserproblemen, macht diese aber an Beispielen an der europäische Hauptwasserscheide fest. Entlang dieser gibt es vier Triplepunkte, wo die Bäche bzw. Flüsse in jeweils drei unterschiedliche Meeresgebiete entwässern. Ein Beispiel ist der Klapperstein an der tschechisch-polnischen Grenze. Von hier – rund 170 Kilometer östlich von Prag – fließt das Wasser via Glatzer Neisse und Oder in die Ostsee, über die Elbe in die Nordsee und via March und Donau in das Schwarze Meer. Der Autor erkundet diese, sowie die drei anderen Regionen. Daraus entstanden spannend zu lesende Reportagen, die die kulturgeschichtlichen Eigenheiten und lokale Konflikte geschickt mit Wasserthemen verbinden. Die Fotografin Regina Hügli steuert wunderbare Bilder bei. Damit wird regional gezeigt, was zurzeit auch an anderen Orten auf der ganzen Welt geschieht. Ein spannender Zugang zu einer globalen Bedrohung. **HH**

Von Mathias Plüss und Regina Hügli, Echtzeit Verlag (2022)

Dystopische Visionen für den Neusiedler See

Lesetipp Zurzeit gibt es ja einen kleinen Wasserpolster auf dem sich die Touristiker des Burgenlandes und des Neusiedler Sees gerade „ausruhen“. Aber, die nächste Dürre kommt bestimmt. Und so wie der Neusiedler See schon früher mal mehr mal weniger Wasser hatte, so zeichnet sich dieser Trend eher in eine negative Richtung ab. Hauptautor des Buches Alois Lang hat mit seinen Ko-Autor:innen Bibi Watzek und Christian Janisch genau hingeschaut und alle Worst-Case-Szenarien durchgespielt. Dass es um mehr als den Wasserschwind geht und eine ganze Region touristisch und auch (land-)wirtschaftlich am See hängt wird einem schnell klar. Mit den neuen Entnahmerichtlinien hat sich LH Doskozil vermutlich in der Landwirtschaft wenig Freunde gemacht. Doch ist das Tagesbewässerungsverbot für den Erhalt des empfindlichen Ökosystems vermutlich nur ein Tropfen auf dem heißen Stein und die Tröpfchenbewässerung ob der abertausenden verlegten Schläuche optisch für den Tourismus auch nicht gerade zuträglich. Wer mehr erfahren möchte, liest das Buch, das im Residenz Verlag erschienen ist. **EL**

Wir füttern die falschen Kühe

meint der Bauer Leo Steinbichler. Er kritisiert in seinem Buch das Landwirtschaftssystem, das aus seiner Sicht Bauern, Tiere und Umwelt nicht gut behandelt, viele Abhängigkeiten erzeugt und die Konsument:innen täuscht. Selbst jahrelang in der Politik aktiv, kennt er das System von innen, wie von außen. Er plädiert für einen verantwortungsvollen Umgang der Landwirtschaft mit ihrer Umwelt, dass Kühe Gras und nicht Soja fressen sollen und die Zukunft in einer Stärkung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft liegt. Sein Buch ist im Ueberreuter Verlag erschienen.

<https://www.ueberreuter.at/shop/wir-fuettern-die-falschen-kuehe/> SI



Foto: OSRRID/Artist / adobe.stock.com



Icon: kmg design



Perspektiven Grüner Industriepolitik

Veranstaltung Nach etwas längerer Pause fand am 25. Mai der 26. AK Klimadialog statt. Wolfgang Polt, Leiter des Instituts für Wirtschaft-, Sozial- und Innovationsforschung am Joanneum Research gab eine kritische Einschätzung des „Green Deal Industrial Plan“ der EU ab. Dieser dient einerseits der Erreichung der Klimaziele der Union und soll andererseits die europäische Industrie im internationalen Wettbewerb stärken. Polt diskutierte unter anderem die geplanten Maßnahmen zur Vereinfachung des Rechtsrahmens, Fragen der Finanzierung, der nötigen Qualifikation der Beschäftigten sowie Außenhandelsbeziehungen. Er warnte in diesem Zusammenhang vor einem Wettlauf der Mitgliedstaaten bei der Vergabe von Subventionen an die Industrie und forderte eine verbesserte Steuerung (Governance) des Prozesses ein. Daraus leitete er auch Forderungen für eine dringend notwendige österreichische Industriepolitik ab. In ihrem Kommentar ging Christa Schlager, Leiterin der Abteilung Wirtschaftspolitik in der AK Wien, auf diese Aspekte ein und präsentierte die Position der AK zum Plan. Wie beim AK Klimadialog üblich, war der Rest der Stunde einer lebhaften Diskussion gewidmet. **CS**

„Der Kampf ums Wasser“

Rückblick Veranstaltung Die Wasserknappheit hat mittlerweile auch die EU erreicht, immer mehr Regionen haben mit Wassermangel zu kämpfen. Auch in Österreich erleben wir zunehmend neue Hitzerekorde und regelmäßige Trockenperioden, die unsere Wasservorräte reduzieren. Der vollständig ausgetrocknete Zicksee ist ein drastisches Beispiel in Österreich. Auch der Neusiedler See führt immer weniger Wasser. Die Studie „Wasserschatz Österreich“, die im Auftrag des Bundesministeriums für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus erstellt wurde schätzt, dass Österreichs Grundwasserressourcen bis 2050 um fast ein Viertel schrumpfen könnten – gleichzeitig steigt der Wasserbedarf um 11 bis 15 Prozent. Besonders bedroht ist der Osten Österreichs, wo es zunehmend zu Wasserknappheit kommen wird. AK und youunion_Die Daseinsgewerkschaft fordern anlässlich dieser Entwicklungen eine bundesweite Wasserstrategie und für einen Vorrang für Trinkwasser, um Nutzungskonflikten beim Wasser vorzubeugen. Damit könnten beispielsweise bessere Antworten für Regionen gefunden werden. Was ist im Burgenland zu tun, wo der Zicksee bereits ausgetrocknet ist und dem Neusiedler See ein ähnliches Schicksal droht, wenn keine Maßnahmen getroffen werden? Welche Art von Landwirtschaft ist in Regionen mit Wasserarmut zukunftsfähig ist? Gleiches gilt für die Fragen der Wassernutzung in Industrie und Tourismus. Wird das Wasser knapper, muss klar geregelt sein, wer wofür Wasser nutzen darf. **SI**

Tag der Daseinsvorsorge

Tipps Am 23. Juni ist der Internationale Tag der Daseinsvorsorge. Zeit, die Akteur:innen der Daseinsvorsorge vor den Vorhang zu holen. Die Daseinsvorsorge als Wirtschafts- und Beschäftigungsmotor ist in Österreich für rund 43 Prozent der Wertschöpfung verantwortlich. Rund 44 Prozent der Erwerbstätigen sind für die technischen Infrastruktur, Energie- und Wasserversorgung, öffentlichen Verkehrsmittel, die soziale Daseinsvorsorge (z. B. medizinische Versorgung, Bildung, Pflege, Justiz, Strafverfolgung und -vollzug, Bestattung und die öffentliche Verwaltung) verantwortlich. Die zukünftigen Herausforderungen sind groß. Die Stärkung und der Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge ist aber auch ein zentraler Baustein für einen sozial-gerechten Umbau der Wirtschaft. So sind beispielsweise rund 25.000 Kilometer Trinkwasserleitungen zu erneuern – das ist 20-mal die Strecke von Wien nach Bregenz hin und zurück. Investitionen in die Daseinsvorsorge – etwa in verbesserten öffentlichen Verkehr, leistbares Wohnen, leistbare Energieversorgung, qualitätsvolle Pflegeeinrichtungen und vieles mehr, heben wesentlich unsere Lebensqualität. Dazu braucht es die notwendige finanzielle Ausstattung. Die Gefahr ist groß, dass die öffentliche Hand zum Sparen gezwungen wird. Dabei brauchen wir öffentliche Investitionen in den Klimaschutz und einen gut ausgebauten Sozialstaat. **SI**

Halbierung des Pestizideinsatzes auf unseren Feldern – ein richtiger Schritt?

PRO

Im Grünen Deal der EU wurde 2020 das Ziel festgeschrieben, bis 2030 die verwendete Menge an Pflanzenschutzmitteln und das Risiko, das von ihnen ausgeht, zu halbieren. Die AK sieht dies sehr positiv. Pestizide – auch als Pflanzenschutzmittel bezeichnet –, dienen im Obst-, Gemüse- und Ackerbau dazu, unerwünschte Organismen zurückzudrängen oder zu töten. Sie beeinträchtigen daher – gewissermaßen bestimmungsgemäß – die Biodiversität. Seit langem gibt es eine EU-Richtlinie über den nachhaltigen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Doch sie wirkt nicht, wie sich an den teils dramatischen Rückgängen der Populationen von Vögeln oder Insekten in Europa zeigt.

Ein Schritt, um Biodiversität und landwirtschaftliche Produktion wieder in Balance zu bringen.

Die angestrebte Halbierung ist eine starke Ansage. Viele Detailfragen sind noch offen, etwa wie der Fortschritt gemessen werden soll. Es ist auch nicht endgültig klar, wie stark sich diese Halbierung des Pestizideinsatzes auf die landwirtschaftliche Produktivität auswirkt.

Jedenfalls aber führt dieses Ziel dazu, dass nicht nur – wie derzeit bei der Zulassung – die Wirkung eines einzelnen Pflanzenschutzmittels betrachtet wird, sondern das gesamte System der landwirtschaftlichen Erzeugung. Nur eine ganzheitliche Betrachtung der Produktion von gesunden Lebensmitteln in einer möglichst intakten Umwelt kann die permanente Verschlechterung der Biodiversität aufhalten. Daher ist das Ziel der Halbierung des Pestizideinsatzes ein richtiger Schritt.

Christoph Streissler ist Chemiker und Experte für Klimapolitik in der AK Wien. Foto: Erwin Schuh



CON

Pflanzenschutz garantiert Ernährungssicherheit. Pflanzenschutz ist ein entscheidender Faktor, um die Versorgung mit ausreichenden und qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln sicherzustellen, sowohl biologisch als auch konventionell. Herzstück des sogenannten Green Deal ist die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln. Eine entsprechende Verordnung sieht eine bis zu 50-prozentige Reduktion beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln vor, auch in empfindlichen Gebieten soll es Restriktionen geben.

Vereinfacht gesagt, würde es bedeuten, dass es ohne entsprechenden Pflanzenschutz in der Wachau kaum mehr Marillen oder Wein geben würde. Integrierter Pflanzenschutz ist in Österreich gelebte Praxis. Hauptaugenmerk liegt auf einer nachhaltigen und umweltschonenden Anwendung der Maßnahmen.

Sicher ist auch, dass der Zulassungsprozess von Pflanzenschutzmitteln sehr umfangreich ist und strengsten Kontrollen unterliegt. Bei den derartig weitreichenden Reduktionszielen brauchen wir auch entsprechende alternative Pflanzenschutzmittel. Selbstverständlich geht es darum, die Anwendung laufend zu verbessern. Wir haben mit der ökosozialen Agrarpolitik den richtigen Weg eingeschlagen. Jede:r Landwirt:in in Österreich braucht einen Pflanzenschutz-Führerschein. Denn unser Ansatz lautet: So wenig wie möglich, soviel wie notwendig.

Der Ansatz des Landwirtschaftsministeriums: So wenig wie möglich, soviel wie notwendig.

DI Johannes Fankhauser, Sektionschef im BML, leitet die Sektion II – „Landwirtschaft und ländliche Entwicklung“. Foto: BML / Stefan Seelig



Gesellschaftskritische Wissenschaft



Verkehr und Infrastruktur

- 65 Gesundheitliche Belastungen des fliegenden Personals – Endbericht**
ÄrztInnen für eine gesunde Umwelt.
Hans Peter Hutter, Florian Heger, Kathrin Lemmerer, Hanns Moshhammer, Michael Poteser, Peter Wallner, 2021
- 66 Pendlerverflechtungen in der Ostregion** Andrea Weninger, Jonas Krombach, Benedikt Hahn, Andreas Friedwagner, 2021
- 67 ÖV-Erreichbarkeit großer Arbeitsplatzstandorte in Österreich, Endbericht** Gerald Kovacic, Cristian Andronic, Stephanie Kirchmayr-Novak, 2022
- 68 Gutachterliche Stellungnahme zum NON-PAPER von Leitlinien zur PSO Verordnung** hinsichtlich seines Punktes 2.4.6, sohin zur „leistungsbasierten Direktvergabe“ von Schienenpersonenverkehrs-dienstleistungen nach Art 5 Abs 4a der PSO
Legal opinion on the NON-PAPER of guidelines to the PSO Regulation with regard to its point 2.4.6, thus to the „performance-based direct award“ of passenger transport railway services under Art 5 para 4a of the PSO Josef Aicher; Rudolf Lessiak, 2022
- 69 Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel in Wien und Umgebung –** Evaluierungsbericht. Maria Juschten, Martin Hinteregger, Reinhard Hössinger, 2022



Informationen zur Umweltpolitik

- 201 Zur Ökobilanz von E-Autos und was die VerbraucherInnen darüber erfahren – Eine Marktanalyse**
Holger Heinfellner, David Fritz, 2019
- 202 Neue Gentechnik – Grundlagen für die kommende politische Debatte** Anita Greiter, Andreas Heissenberger, 2020
- 202a New Genetic Engineering – A basis for the upcoming political debate** Anita Greiter, Andreas Heissenberger, 2020
- 203 Landkarte der „(De-)Karbonisierung“ für den produzierenden Bereich in Österreich – Eine Grundlage für die Folgenabschätzung eines klimapolitisch bedingten Strukturwandels des Produktionssektors auf Beschäftigung, Branchen und Regionen**
Fabian Gabelberger, Claudia Kettner-Marx, Michael Peneder, Gerhard Streicher, 2020
- 204 Recht auf Natur – Freier Zugang zur Natur** Michael Ganner, Samantha Karoline Pechtl, Wolfgang Stock, Karl Weber, 2022
- 205 Abgasmanipulation und Mautbetrug durch Lkw – Wie sauber sind Lkw tatsächlich?**
Friedrich, S. Annen, R. Helmerich, 2022
- 206 Rechtliche Lücken in der mobilitätsbezogenen Klimaschutzpolitik – Anlassfall Lobau-Tunnel-Entscheid** Werner Hochreiter, 2022

Bestellung als Hardcopy unter wirtschaft.umwelt@akwien.at oder PDF-Download www.arbeiterkammer.at

Genug
vom Fischen
im Trüben?

A&W
blog

awblog.at



twitter.com/AundW



facebook.com/arbeit.wirtschaft

Wirtschaft und Umwelt:
Sekretariat: 0043/1/50165-12404
E-Mail: wirtschaft.umwelt@akwien.at
www.ak-umwelt.at

Österreichische Post AG
MZ 02Z034642 M
Bundesarbeitskammer, Prinz Eugen Straße 20-22, 1040 Wien



[AK.AT/DEINESTIMME](https://ak.at/deinestimme)

#deineStimme gegen die Teuerung

Die AK vertritt deine Rechte.